



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

PUTINS DRITTE PRÄSIDENTSCHAFT KLIMASCHUTZPOLITIK IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
Alles beim Alten?		2
Von Hans-Henning Schröder, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Meinungen zum Ämtertausch		5
■ KOMMENTAR		
Putins dritte Amtszeit: Rollentausch als Intrige?		7
Von Christoph Laug, Konstanz/Moskau		
■ UMFRAGE		
Das Tandem Putin und Medwedew		8
<hr/>		
■ ANALYSE		
Klimapolitik: erste Schritte einer Energiesupermacht		13
Von Oldag Caspar, Berlin		
■ ANALYSE		
Der Energieeffizienz-Dialog zwischen der EU und Russland und die Rolle Deutschlands		16
Von Vadim Kononenko, Helsinki		
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Umwelt und Klimaschutz in russischen Umfragen		20
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 22. September bis zum 6. Oktober 2011		25
<hr/>		
■ PRESSEMITTEILUNG		
Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft		
4. Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden		28

Alles beim Alten?

Von Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Am 26. September hat Präsident Medwedew auf dem Parteitag von Einiges Russland Wladimir Putin als Kandidaten für die Präsidentenwahlen im März 2012 vorgeschlagen. Damit scheint die Ordnung wiederhergestellt. Doch die Situation hat sich geändert, die Probleme haben sich verschärft und von dem neuen Präsidenten muss man neue Lösungen erwarten. Gewiss kann man davon ausgehen, dass Putin die wichtigste Aufgabe, die Moderation der Interessen im herrschenden Elitenkartell, erfolgreich löst. Doch die Frage, ob es gelingt, die unzufriedene Bevölkerung wieder an die Administration heranzuziehen und in das politische System zu integrieren, muss offen bleiben. Und ob es gelingt, die realen sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen, steht dahin. Innovative Ideen ist Putin bisher schuldig geblieben.

Putin/Medwedew – Medwedew/Putin

Der »innere Kreis« der russischen Führung hat sich im Sommer geeinigt und eine Entscheidung getroffen. Putin kehrt in das Präsidentenamt zurück. Keine Überraschung. Dmitrij Medwedew, der jetzige Präsident, wird mit dem Amt des Ministerpräsidenten abgefunden. Auch das ist keine wirkliche Überraschung. Medwedew war lange Zeit Leiter von Putins Administration und später Erster Stellvertretender Ministerpräsident unter dem Präsidenten Putin. Und es ist guter Brauch in Putins Russland, dass kein Mitglied der Elite zu tief fällt. Jeder, der sich an die Regeln hält, wird vorteilhaft abgefunden, wer nützlich ist, erhält ein Amt.

Darüber, wann und von wem diese Entscheidung getroffen wurde, schweigen sich die Beteiligten aus. Weder der Zeitpunkt, noch der Kreis der Eingeweihten oder die Beweggründe werden offengelegt. Medwedew, der am 30. September im russischen Fernsehen Rede und Antwort stand, warum er nicht wieder kandidiere, und der sich dabei sichtlich schwer tat, verstieg sich zu einem bizarren Vergleich. Er führte das amerikanische Vorbild an. »Na«, erklärte er, »können wir uns die Situation vorstellen, dass z. B. Barack Obama mit Hillary Clinton konkurriert? Ich erinnere mich, dass beide in der engeren Wahl für das Amt des Präsidenten waren. Unmöglich, sich das vorzustellen! Beide aus der demokratischen Partei, und sie trafen eine Entscheidung um das beste Resultat zu erbringen. So eine Entscheidung haben wir auch getroffen.« Dass er das Machtpoker im Hinterzimmer mit dem amerikanischen Verfahren der Kandidatenernennung verglich, in der die Entscheidung zwischen Clinton und Obama in einem offen ausgetragenen politischen Wettbewerb durch Vorwahlen fiel, gab seinen Ausführungen etwas Groteskes.

In der Substanz begründete er den Schritt, Putin 2012 die Kandidatur für das Präsidentenamt zu überlassen damit, dass dieser der Politiker mit der größten

Autorität im Lande sei, der die besten Ratings habe. Damit beschrieb er rückblickend die eigenartige Konstellation seiner eigenen Amtszeit, als der Politiker mit der höchsten Autorität das zweithöchste Amt innehatte, von vielen aber trotzdem für den eigentlichen Führer gehalten wurde. Auch ausländische Staatsgäste waren stets bemüht, ihn zu hofieren.

Dmitrij Medwedew verschwieg in seinem Interview auch, welche Diskussionen der Entscheidung vorausgingen. Dabei wird es nicht nur um die Verteilung von Ämtern, sondern auch um Einfluss und Ressourcenzugriff von Elitegruppen gegangen sein, aber auch um die zahlreichen politischen, ökonomischen und sozialen Probleme und die politischen Strategien zu ihrer Lösung. Nur an einem Punkt des ziemlich inhaltsleeren Interviews deutete Medwedew an, unter welcher Spannung die Beteiligten gestanden hatten. Auf die Frage, warum man die Kandidatur bereits am 26. September auf dem Parteitag von »Einiges Russland« bekannt gegeben habe und nicht erst im Dezember nach den Dumawahlen wie 2007, antwortete der Noch-Präsident, die Unruhe im Apparat, in der Beamtenschaft sei so groß gewesen, dass möglicherweise manch einer den Kopf verloren hätte, wenn man noch länger gewartet hätte. Diese Äußerung verrät etwas mehr über die Spannung, mit der die Eliten die Antwort auf die Kandidatenfrage erwartet hatten. Für diese ging es um Zukunft und Karriere, um die Frage, auf welche Machtkonstellation sie sich in den nächsten Jahren einstellen müssen.

Die Aufgaben eines Präsidenten

Nach vier Jahre »Tandemokratie«, bei denen der »erste Mann« der zweite war, hat nun die Ankündigung von Putins Kandidatur die Ordnung wiederhergestellt. Putin wird Präsident, Medwedew sein effizienter Gehilfe wie schon vor 2008. Ist damit wieder alles beim Alten? Schon Heraklit wusste, man steigt nie zweimal in denselben Fluss. Putins dritte Amtszeit ist keine einfache

Fortsetzung seiner ersten beiden. Die Probleme haben sich gestaut, die internationale Finanzkrise und die drohende Senkung der Energiepreise behindern den Aufschwung der Volkswirtschaft.

Um die Optionen Putins richtig einzuschätzen, muss man sich vor Augen halten, in welchem Rahmen der russische Präsident agiert. Im Grundsatz muss er drei große Aufgaben lösen:

- Er muss die relevanten Elitengruppen im Gleichgewicht halten und unter ihnen für einen Interessenausgleich sorgen. Nur wenn es gelingt, das Elitenkartell zusammenzuhalten, wird es gelingen, die politische Hegemonie der superreichen Minderheit über die Masse der Gesellschaft zu wahren. Putin und Medwedew haben diese Moderatorenrolle in den Jahren seit 2000 erfolgreich ausgeübt.
- Der Präsident muss aber auch die Gesellschaft integrieren und die Vorstellung bedienen, der Staat sei für alle Bürger da. Putin hat dies in zwei Amtszeiten erfolgreich getan – er war und ist der einzige Politiker, dem eine Mehrheit der Bevölkerung vertraut. Da das Vertrauen in Institutionen in Russland gering ist – für Parteien, Polizei, Gerichte, Parlament und Beamte haben die Massen nur Verachtung übrig –, ist das Vertrauen zur Person Putin das einzige Element, das die Bevölkerung an die Führungseliten binden kann.
- Schließlich muss der Präsident die politischen, sozialen und ökonomischen Problemen lösen. Dazu zählen etwa die Reform der sozialen Sicherungen und des Gesundheitswesens, die Bekämpfung der Armut und der Abbau der tiefen sozialen Gegensätze, der Ausbau der Infrastruktur, die Entwicklung von Bildung, Wissenschaft und Forschung auf einem international konkurrenzfähigen Niveau sowie die Schaffung einer leistungsfähigen verarbeitenden Industrie.

Die ersten beiden Aufgaben hatte Putin in seinen beiden Amtszeiten souverän gelöst. Großes Geschick als Moderator und eine ebenso erfahrene wie skrupellose PR-Regie haben ihm dabei geholfen. Im dritten Punkt – der Lösung realer Probleme – war er weniger erfolgreich. Gewiss hatte Putin Glück – das Ansteigen der Energiepreise seit 1999 verschaffte ihm die Möglichkeit, die Staatsfinanzen zu stabilisieren, Rücklagen zu bilden und Armut abzubauen. Doch ernsthafte Versuche, die Industrie umzustrukturieren, den Hochtechnologiektor auszubauen, die Infrastruktur zu verbessern und Korruption zu bekämpfen, wurden nicht unternommen. Sein Nachfolger Medwedew war mit den Problemen konfrontiert, die Putin hinterlassen hatte, hat aber trotz erheblicher Anstrengungen nur geringe Fortschritte erzielt. Nun liegt die Verantwortung wieder in Putins Händen.

Die Aufgabenstellung für die Jahre 2012–2018

Der neue Präsident wird 2012 wohl die Politik fortsetzen, die er in den letzten Jahren maßgeblich mitgestaltet hat. Neuansätze oder neue Idee sind nicht zu erkennen. Dmitrij Medwedew versuchte bei der Präsentation des Kandidaten Putin in neun Punkten die mögliche Strategie zu umreißen. Danach setzte sich das Tandem folgende Ziele:

1. Modernisierung der Wirtschaft, des Bildungswesens und der Industrieanlagen, Verbesserung des Investitionsklimas und mehr Innovation;
2. Erfüllung der sozialen Verpflichtungen, Anhebung der Löhne und Renten, Modernisierung des Gesundheitswesens;
3. Bekämpfung der Korruption;
4. Stärkung des Gerichtswesens, Durchsetzung von Unabhängigkeit, Transparenz und Ehrlichkeit;
5. Wahrung des interethnischen und interreligiösen Friedens, Bekämpfung der illegalen Migration, der ethnischen Kriminalität und der Xenophobie;
6. Schaffung eines modernen politischen Systems, in das alle – auch kleine soziale Gruppen – integriert werden sollen;
7. äußere und innere Sicherheit;
8. eine kluge Außenpolitik, die den Wohlstand und die Sicherheit der Bürger garantiert.

Das war im wesentlichen der Katalog, den Medwedew im Rahmen seiner Modernisierungskampagne 2009 entwickelt hatte. Putin nahm viele Punkte in seiner eigenen Rede auf, konzentrierte sich aber auf die Setzung konkreter Ziele: Er nannte ein Wirtschaftswachstum von 6–7 % (2011 betrug es 4 %), Verdoppelung des Verkehrswegebbaus in zehn Jahren, Aufbau einer modernen Industrie, Umrüstung von Armee und Flotte in fünf bis zehn Jahren. Der Durchschnittslohn sollte bis Ende 2014 auf das Anderthalbfache steigen. Und er umriss noch einmal die Probleme:

»Man muss offen über die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von den Weltrohstoffkonjunktur sprechen, über das gefährliche Niveau der sozialen Ungleichheit, der Gewalt, der Korruption, das Gefühl der Ungerechtigkeit und der Schutzlosigkeit, die Menschen oft beim Umgang mit Behörden, vor Gericht oder bei den Rechtsschutzorganen empfinden, über die Hindernisse für Initiativen im Geschäftsleben, im Staatsdienst und in der Gesellschaft – all das begleitet uns leider bis heute. Wir können und müssen diese Probleme überwinden. Können und müssen.«

Damit hatte der Noch-Ministerpräsident die wesentlichen inneren Probleme umrissen. Nichts davon war neu. Auch Putins Lösungsansätze waren nicht neu – Setzung von Planzahlen, Ankündigung von Erhöhun-

gen. Eine finanz- und wirtschaftspolitische Strategie war nicht erkennbar. Über politischen Wandel und eine Erneuerung der Partei »Einiges Russland«, von denen bei Medwedew noch die Rede gewesen war, schwieg Putin sich aus. Dies steht offensichtlich nicht auf seiner Agenda. Das einzige, was in dieser Routineansprache ins Auge fällt, ist die Formulierung vom »gefährliche(n) Niveau der sozialen Ungleichheit«. Damit berührte er das Kernproblem der russischen Gesellschaft im Jahre 2011, das aber in den letzten Jahren nie so klar angesprochen wurde, wie dies Putin in seiner Rede am 26. September tat. Insgesamt war sein Programm, »Putins Plan«, aber banal und kann keine großen Hoffnungen für die Jahre ab 2012 wecken.

Verteilungskonflikte und Bevölkerungstrauen

Dass Putin oder Medwedew sich auf dem Parteitag zu Machtfragen äußern würden, stand nicht zu erwarten, und sie haben es auch nicht getan. Die Umverteilung von Ressourcen war und ist kein Gegenstand öffentlicher politischer Erörterung. Einigung über die Verteilung der Ressourcen ist aber die Basis der Geschlossenheit des Elitenkartells.

Hier konnte man im letzten halben Jahr der Amtszeit Medwedews einige verdeckte Verteilungskonflikte beobachten. Am spektakulärsten war die Ablösung des langjährigen Moskauer Bürgermeisters Luschkow. Seiner Amtsenthebung durch Präsidialdekret folgte eine Neuordnung des Finanz- und Immobilienimperiums, das Luschkow und seine Frau Jelena Baturina aufgebaut hatten. Ihre Hausbank, die »Bank of Moscow«, wurde an den Rand der Insolvenz gebracht und dann von der staatlichen Bank VTB (früher: Wneschtorgbank) gerettet. Inteko, der Baukonzern von Jelena Baturina, wurde für 1,2 Mrd. US-Dollar an Michail Schischchanow verkauft, der das Geld mit Hilfe der staatlichen Sberbank aufbrachte. Der Amtsenthebung Luschkows folgte die Zerschlagung des Konzerns Luschkow-Baturina.

Ein anderes Beispiel für verdeckte Verteilungskämpfe war die Auseinandersetzung zwischen den russischen Teilhabern der Energiefirma TNK-BP, Michail Fridman, Viktor Wexselberg, Leonard Blawatnik und German Chan einerseits und dem staatlichen Erdölkonzern Rosneft andererseits. Fridman und Co. hinderten Rosneft per Gerichtsbeschluss daran, eine Allianz mit dem britischen Ölmulti BP einzugehen, die Rosneft die Entwicklung von Lagerstätten im Nordmeer ermöglicht hätte. Rosneft, das angeblich auf die Unterstützung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Igor Setschin und der *silowiki*, der »Geheimdienstler« in Putins Umgebung, rechnen kann, musste zurückstecken, schloss aber dann ersatzweise eine Allianz mit

dem US-Konzern Exxon-Mobil. Hatte sich der Beobachter zunächst gefragt, ob Setschin und die Geheimdienstkreise an Einfluss verloren hätten, sah man, dass eine Alternativlösung gefunden wurde, die alle Beteiligten als Gewinner darstehen ließ.

Dies sind nur zwei Beispiele für Auseinandersetzungen innerhalb des Elitenkartells, mit dem die Administration Putin-Medwedew zusammengearbeitet hat und zusammenarbeiten wird. Dass sich solche Konflikte fortsetzen werden, steht zu erwarten. Besonders, wenn mit der Privatisierung der Staatsunternehmen – falls diese realisiert wird – den Apparaten Ressourcen entzogen und privaten Finanziers zugespielt werden. Die Moderatorenrolle des Präsidenten wird hier gefragt sein. Auch die Ausfälle von Finanzminister Aleksej Kudrin, der sich in Washington offen gegen Medwedew als Ministerpräsidenten ausgesprochen hatte und daraufhin abgelöst wurde, deuten auf Gegensätze innerhalb des Führungszirkels hin. Es wird eine der ersten Aufgaben der neuen Putin-Administration sein, für einen Ausgleich widerstreitender Gruppeninteressen zu sorgen.

Die andere große Aufgabe wird vielleicht noch schwieriger zu lösen sein – nämlich, die Gesellschaft wieder für die Administration zu gewinnen. Die Stimmung in der Bevölkerung war in der ersten Hälfte 2011 sehr schlecht. Die Ratings von Putin und Medwedew sanken, das Misstrauen gegenüber Verwaltung und politischen Institutionen hatte stark zugenommen. »Einiges Russland« wurde in den Medien offen als »Partei der Gauner und Diebe« bezeichnet, die von Putin im Frühjahr gegründete »Allrussische Nationale Front« weithin belächelt. Ob es gelingt, bei den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 ohne direkte Fälschung eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen und für »Einiges Russland« ein Wahlergebnis um die 60 % zu erzielen, bleibt abzuwarten.

Die Wahlen sind der erste Test und werden zeigen, ob die Magie der Person Putin noch wirkt. In den nächsten beiden Jahren muss es dann aber wohl deutliche Wohlstandsverbesserungen für breite Schichten geben, will man die Bevölkerung für ein System Putin 2.0 gewinnen. Putin hat auf dem Parteitag von »Einiges Russland« angekündigt, das Durchschnittseinkommen solle bis 2014 auf das Anderthalbfache steigen. Es ist klar, dass dieses Versprechen mit dieser kurzfristigen Terminierung ein Versuch ist, die Bevölkerungsmehrheit für die neue Putin-Administration zu gewinnen. Basis einer gesunden Wirtschafts- und Finanzpolitik ist eine solche Ankündigung nicht.

Als besonderes Problem stellt sich schließlich die Mobilisierung und Integration der politisch aktiven Teile der Intelligenz und der Mittelschicht dar. Seit 2003 haben diese Gruppen keine politische Vertretung

im Parlament, da die beiden liberalen Parteien, Jabloko und »Union der Rechten Kräfte«, damals unterhalb der Fünfprozentgrenze geblieben sind und sich nie erholt haben. Ein Versuch der Präsidentialadministration, mit der »Rechten Sache« eine liberale Partei wiederzubeleben, ist an Konflikten zwischen der Administration und dem Milliardär Prochorow gescheitert, der das Projekt finanzieren und führen sollte, aber offensichtlich eine zu große Eigenständigkeit entwickelte. So wird auch im neuen Parlament die wachsende Mittelschicht keine politische Vertretung haben. Das kann zu einer poli-

tischen Hypothek für den neuen Präsidenten werden. Lösungsvorschläge sind nicht in Sicht.

So muss man konstatieren, die Entscheidung, Putin 2012 zum Präsidenten zu machen, ist kein Signal für eine neue Politik. Es ist Rückgriff auf einen Politiker, dem die Gesellschaft mehr vertraut als anderen. Neue Ideen sind von ihm und seiner Administration gegenwärtig wohl nicht zu erwarten. Diese Phantasielosigkeit könnte sich angesichts der gespannten wirtschaftlichen und sozialen Situation in den nächsten Jahren zum Problem entwickeln.

Über den Autor:

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität in Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«.

DOKUMENTATION

Meinungen zum Ämtertausch

Gleb Pawlowskij, Vorsitzender der »Stiftung effektiver Politik«:

»Dies ist ein Schlag gegen das Prestige der Präsidentschaft. Dies ist kein politischer sondern ein reichlich demütigender Zustand für Russland. Sie [Putin und Medwedew] setzen die Selbstzerstörung des bisherigen Systems in Gang.«

»Das ist die politische Kapitulation Medwedews. Möglicherweise freiwillig, möglicherweise nicht. Es ist unklar, auf welche Art des Drucks wir gestoßen sind. Der zentrale Punkt ist jedoch: das Amt des Präsidenten einer Atommacht wird durch eine private Absprache weitergegeben. Es gibt keinerlei Gründe davon auszugehen, dass Medwedew gelogen hat, als er von seiner Bereitschaft sprach, für eine weitere Amtszeit als Präsident zur Verfügung zu stehen. Es ist möglich, dass sich seine Position unter dem Einfluss irgendeines Faktors verändert hat.

Wenn er ein echter Politiker ist, dann sollte er erklären, warum er solch eine Entscheidung getroffen hat. Warum er seine Präsidentschaft für erfolglos hält. Wenn er dies nicht tut, so ist es unverständlich, was er an der Spitze der Parteilist von »Einiges Russland« zu suchen hat.«

Gennadij Sjuganow, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands:

»Für uns ist dies nichts Neues. Das Tandem ist gezwungen zu lavieren, da jeglicher Versuch, es zu zerstören, bedeuten würde, dass die Politik der vergangenen Jahre gescheitert wäre. Aus diesem Grund haben sie sich abgesprochen, dass der eine die Parteiliste anführt und der andere bei den Wahlen Präsident wird. Die Rochade verändert überhaupt nichts im Land.«

Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei »Gerechtes Russland«:

»In all diesen Jahren hatten wir ernsthafte Vorbehalte gegenüber der Arbeit der Regierung. Noch mehr gegenüber der Partei »Einiges Russland«. [...] Wir bleiben bei unseren bisherigen Positionen: unsere Partei wird den von »Einiges Russland« nominierten Kandidaten nicht unterstützen.«

Oksana Dmitrieva, Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion »Gerechtes Russland« in der Staatsduma:

»Für mich ist dies unerwartet... Obwohl Putins Nominierung als Präsidentschaftskandidat nach Verlauf einer Amtszeit dem Buchstaben des Gesetzes entspricht, scheint mir, dass dies im Grunde dem Geist der Verfassung widerspricht. Wie Putin 2008 öffentlich auf eine dritte Amtszeit verzichtete, ausgerechnet aus Treue zum Geist der Verfassung, so wäre es nun nur logisch, an dieser Treue festzubehalten und auch in Zukunft nicht weiter das Präsidentenamt anzustreben.«

Sergeij Mitrochin, Vorsitzender der Partei »Jabloko«:

»Die Unabsetzbarkeit der Machtstruktur ist gefährlich für Russland. Modernisierung bedeutet vor allem eine Erneuerung der Machtstruktur«.

Boris Nemzow, Co-Vorsitzender der »Partei der Volksfreiheit – PARNAS«:

»Das ist das schlimmstmögliche Szenario: Kapitalflucht, Zusammenbruch des Staates, fremdenfeindliche Politik. Putin ist ein reiner Provokateur, er provoziert das russische Volk zum Aufstand«.

Owanes Oganjesjan, Stratege der Investmentbank »Renaissance Capital«:

»Etwas in dieser Art wurde erwartet. In der Tat wurde an den Märkten erwartet, das Ende Oktober Klarheit eintreten würde. Die erste Reaktion auf den Aktienmärkten über die Nachricht, dass Putin Präsident werden könnte, wird wohl negativ ausfallen. Dies ist eine emotionale Reaktion: wir wissen doch, dass das Verhältnis zwischen den Märkten und Putin sich nicht immer einfach gestaltet hat. Der Markt reagiert positiv, wenn er spürt, dass sich die politischen Risiken reduzieren und sich die Situation stabilisiert. Mir scheint, hätte das Tandem Medwedew als Präsidentschaftskandidat nominiert, wären die Märkte eher erfreut gewesen, da dies eine stabilere politische Kräfteverteilung bedeutet hätte«.

Alexander Kynew, Leiter der Regionalprogramme der Stiftung zur Entwicklung der Informationspolitik:

»Es ist offensichtlich, dass in der kommenden Zeit unpopuläre Entscheidungen getroffen werden. Wenn Medwedew Ministerpräsident wird, so wird er die Rolle des Blitzableiters einnehmen. Darüber hinaus distanziert sich Putin dadurch von den Ergebnissen der kommenden Parlamentswahlen und entledigt sich der Verantwortung. Wenn das Ergebnis von »Einiges Russland« niedrig ausfallen sollte, dann kann man das mit dem Fehlen von Putin auf der Parteiliste erklären«.

Anatolij Aksakow, Präsident der Assoziation regionaler Banken:

»Globale und abrupte Veränderungen werden solchen Umstrukturierungen nicht folgen. Putin und Medwedew sind ein Tandem. Und Putin bestimmte die vergangenen elf Jahre die reale Politik im Land. Verständlich, dass Medwedew seine bestimmten Ansichten, seine Färbung und sein Verständnis beigetragen hat – bei alledem war jedoch Putin die systemrelevante Person. Darum wird er auch weiterhin die Strategie der Wirtschaftspolitik bestimmen und Medwedew irgendwelche taktischen Veränderungen vornehmen.

Wladimir Tichomirow, leitender Ökonom des Finanzunternehmens »Otkrytie«:

»[...] Es sollte nicht davon ausgegangen werden, dass sich mit Medwedew der Kurs der Regierung stark verändern würde, da bei uns mehr Befugnisse des politischen Systems beim Präsidenten als beim Ministerpräsident liegen. Medwedew hat als Präsident de facto keinerlei neuen Kurs angestoßen, der sich wesentlich von Putins Kurs vorher unterschieden hätte. Alle Maßnahmen und Schritte, die Medwedew initiiert hat, wurden von Putin unterstützt. Aus diesem Grund gehe ich davon aus, dass der wirtschaftliche Kurs gleich bleiben wird. Das einzige, worauf ich hoffe, ist, dass in der Zeit nach den Wahlen, rasch Reformen angegangen werden, darunter auch unpopuläre. Darüber hat Putin direkt gesprochen – davon dass es nicht möglich ist, ständig die Staatsausgaben zu erhöhen und dadurch die Gehälter anzuheben usw., sondern dass auch unpopuläre Maßnahmen durchgeführt und der Bevölkerung erklärt werden müssen«.

Alexej Malaschenko, Mitglied des wissenschaftlichen Rates des Moskauer Carnegie-Zentrums:

»Wann diese Entscheidung endgültig gefällt wurde, ist schon nicht mehr wichtig. Mir scheint aber, dass dies noch nicht lange her ist – nach dem Forum in Jaroslawl [7.–8. September 2011]. ... Es ist nun endgültig klar, dass unser politisches Leben ein Sumpf ist. Die USA und die EU orientieren sich jedoch schon seit langem an Putin. Am interessantesten ist nun die zentrale Intrige: wer wird Ministerpräsident. Es besteht keine hundertprozentige Sicherheit darüber, dass die Entscheidung für Medwedew endgültig ist. Es wird eine Rentenreform und eine drastische Steuererhöhung erwartet. Und gerade auf den Premier werden die schwersten Aufgaben zukommen«.

Erzpriester Wsewolod Tschaplin, Leiter der Synodalabteilung für das Zusammenwirken zwischen Kirche und Gesellschaft:

»Wann gab es dies schon in der Geschichte Russlands, dass die höchste Macht im Staat so friedlich, würdig, ehrlich und freundschaftlich übergeben wurde? Dies ist ein echtes Beispiel der Güte und Moral in der Politik, ein Beispiel, auf welches, meiner Meinung nach, nicht nur unsere Vorfahren und die Menschen, die in der Sowjetperiode lebten, neidisch sein können, sondern auch die Staatsbürger eines Großteils der Länder der Erde, darunter auch jene, die versuchen uns zu belehren«.

Tatjana Jakowlewa, Erste Stellvertretende Leiterin der Dumafraktion von »Einiges Russland«:

»Jetzt wurde für alle die echte Einheit offensichtlich, richtiger noch, die Dreieinigkeit – Wladimir Putin, Dmitrij Medwedew und die Partei«.

Zusammengestellt und übersetzt von Christoph Laug

Quellen:

- Politik i Politologi o buduschtschem Rossii, auf: www.kommersant.ru, 24.9.2011 <http://kommersant.ru/doc/1781191>;
- »Eto polititscheskaja kapituljazija Medwedewa« – Politik i ekonomisty o woswraschtschenii Wladimira Putina w Kreml, auf: www.gazeta.ru, 24.9.2011 http://www.gazeta.ru/politics/elections2011/2011/09/24_a_3780001.shtml;
- Dostojno, po-druscheski, in: Wedomosti, 26.9.2011, S. 1 http://www.vedomosti.ru/newspaper/article/268013/dostojno_podruzheski;
- V RHC blagoslowljajut »mirnuju i druscheskuju« peredatschu vlasti ot Medwedewa k Putinu, auf: www.interfax.ru, 24.9.2011 <http://www.interfax.ru/politics/news.asp?id=209299>.

KOMMENTAR

Putins dritte Amtszeit: Rollentausch als Intrige?

Von Christoph Laug, Konstanz/Moskau

Am zweiten Tag des Parteitages von »Einiges Russland«, dem 24. September 2011, wurden die Karten aufgedeckt. Präsident Dmitrij Medwedew schlug der Partei die Kandidatur von Ministerpräsident Wladimir Putin für die Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 vor. Putin, der parteilose Parteivorsitzende von »Einiges Russland«, schlug im Gegenzug Medwedew vor, bei den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 die Liste der Partei anzuführen und somit, bei erfolgreichem Abschneiden der Partei, seinerseits Ministerpräsident zu werden.

War es nicht schon immer klar? Wurde nicht schon vielerorts und seit langer Zeit prognostiziert, dass es genau so kommen würde? Die Versuchung ist groß, das Geschehene als lang Erwartetes mit wenigen Worten abzuhandeln, nach dem Motto: Medwedew konnte ja nur der Platzhalter für Wladimir Putin sein, der sich 2008 an die formalen Regeln der Verfassung halten wollte. So passte gut ins Bild, das Medwedew als eine

seiner ersten Amtshandlungen die Amtszeit des kommenden Präsidenten um zwei Jahre auf nunmehr sechs Jahre verlängerte (mit der Bemerkung, er tue dies nicht für sich). Also alles wie vorhergesagt?

Diese Diskussion würde von der Art und Weise, wie diese Entscheidung gefallen ist, ablenken. Das, was sich am 24. September im Moskauer Sportpalast »Luschniki« ereignete, zeigt nicht nur die zentrale Rolle Wladimir Putins, sondern vermittelt zudem einen Eindruck von der Überheblichkeit der Entscheidungsträger. Auch wenn der Verlauf der Ereignisse erwartet werden konnte, so ist bezeichnend, dass außer Putin, Medwedew und Wladislaw Surkow, jüngst von Michail Prochorow, dem fallenen Helden der Partei »Prawoe Delo«, als »größter Strippenzieher im Lande« bezeichnet, wohl nur wenige Personen in die Absprache eingeweiht waren. Als hätte es nicht gereicht, die über 600, aus ganz Russland angeordneten Delegierten von »Einiges Russland« mit der Ent-

scheidung zu überraschen. Statt dessen führten Putin und Medwedew offenherzig aus, dass diese Entscheidung »schon lange – seit einigen Jahren gefallen sei«, es eine »tief durchdachte Entscheidung ist.«

Dmitrij Medwedew präzisierte der Vollständigkeit halber gleich den Zeitpunkt der Absprache (ob dies nun tatsächlich so war oder nur die vollkommene Übereinstimmung der beiden ersten Personen im Staat unterstreichen sollte, wie dies Medwedew im Fernsehinterview vom 30. September tat, sei dahingestellt):

»Wir haben diese Option der Ereignisse in der Tat schon zu der Zeit besprochen, als sich unsere kollektive Gemeinschaft herausgebildet hat. Die vergangenen Jahre haben uns, und ich hoffe sehr, auch der Mehrheit unserer Bevölkerung, die Richtigkeit unserer Strategie und die Effektivität des herausgebildeten Führungsmodells gezeigt.«

Und dann folgt der kleine, im öffentlichen Protokoll nicht enthaltene, jedoch bezeichnende Ausruf: »Nu wot!« – in diesem Kontext als »da seht ihr«, wer böse will, auch als »da habt ihr's« übersetzbar.

Über den Autor:

Christoph Laug gehört zur Redaktion der Russlandanalysen und studiert an der Universität Konstanz und der RGGU Moskau.

Dennoch scheint es so, als wolle sich Medwedew für die Entscheidungen entschuldigen:

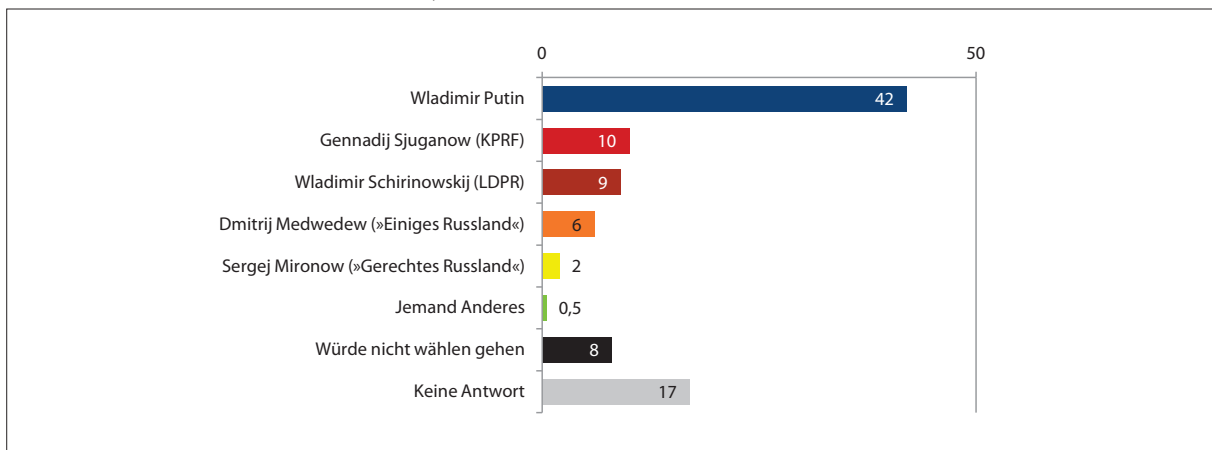
»Und darüber, dass wir bis jetzt relativ lange unsere Position über die Wahlszenarien nicht früher bekannt gegeben haben, hoffe ich, dass Ihr uns versteht, wie auch unsere Staatsbürger, dass dies eine Frage der politischen Gesetzmäßigkeit, eine Frage der Gesetze des politischen Genres gerade in unserem Land ist.«

Hierbei wird deutlich, wie sehr sich Medwedew (s)einer Rolle zu fügen wusste und wie wenig er, entgegen aller Erwartungen, die sich auf Grund seiner gelegentlich liberalen Äußerungen an ihn richteten, bereit oder auch fähig war, seinen eigenen Weg zu gehen – ohne zu viele Hoffnungen in die Handlungen einer einzigen Person projizieren zu wollen. Deutlich wurde an diesem 24. September, dass Medwedew Produkt und Abhängiger des ihn umgebenden Systems ist. Seine Position als kommender Ministerpräsident kann jedoch nicht als völlig sicher angesehen werden – die Entlassung Kudrins zwei Tage später erscheint aber wie die Beseitigung eines Konkurrenten.

UMFRAGE

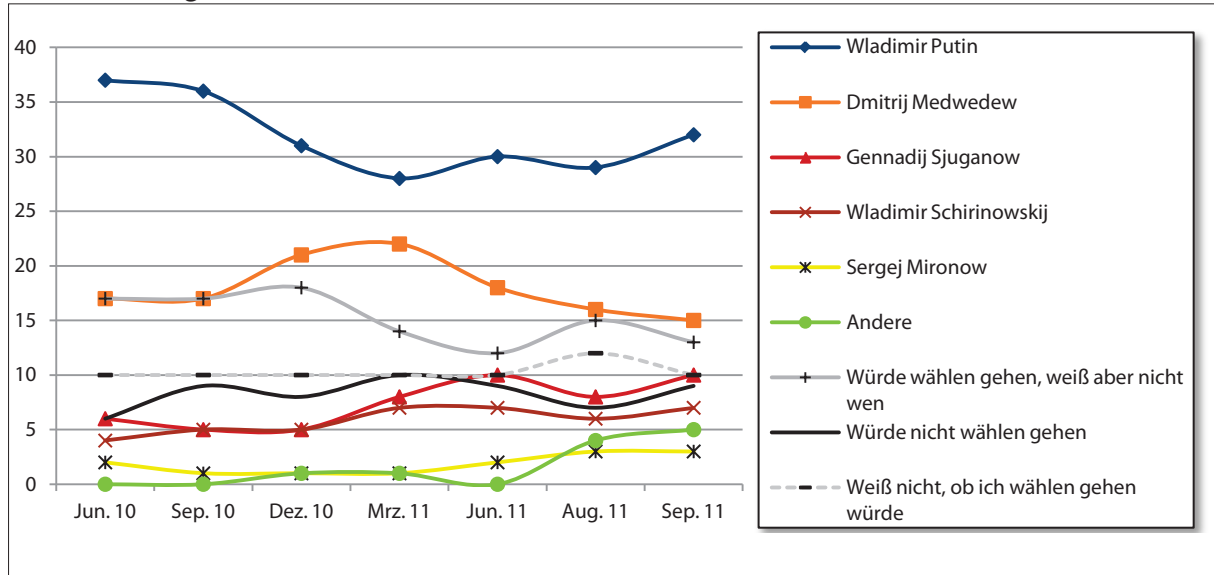
Das Tandem Putin und Medwedew

Grafik 1: Wenn am kommenden Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie an diesen teilnehmen und wenn ja, wen würden Sie wählen? (%)



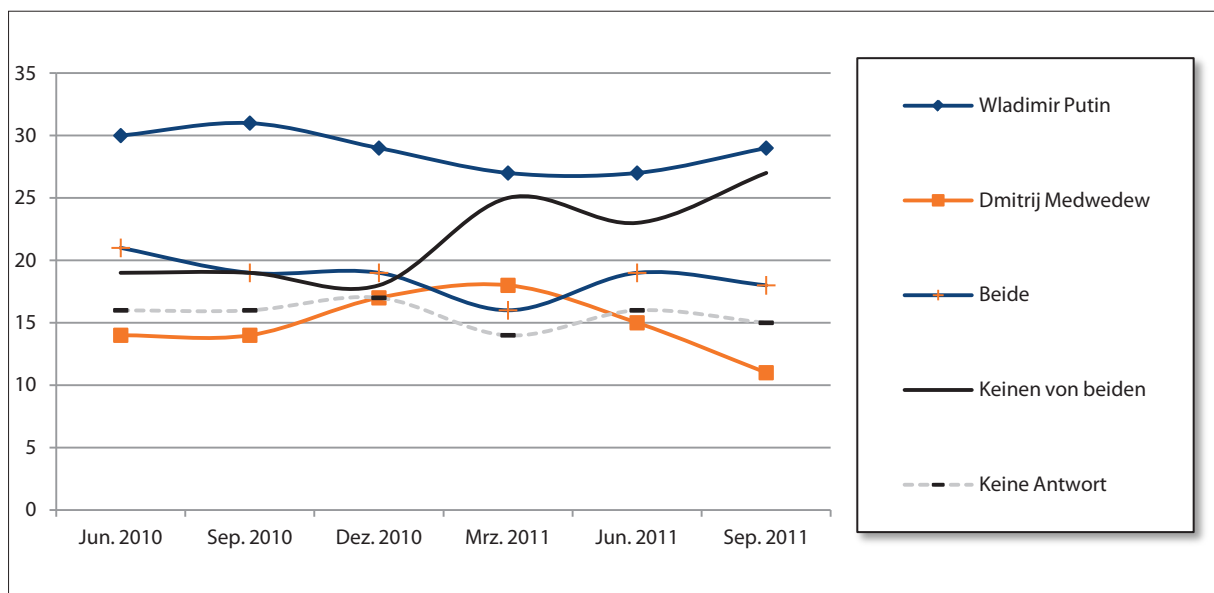
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 30. September– 03. Oktober 2011 <http://www.levada.ru/07-10-2011/wladimir-putin-i-ego-tretii-srok>

Grafik 2: Würden Sie an den Präsidentschaftswahlen teilnehmen und wenn ja, welchen der folgenden Kandidaten würden Sie wählen? (%)



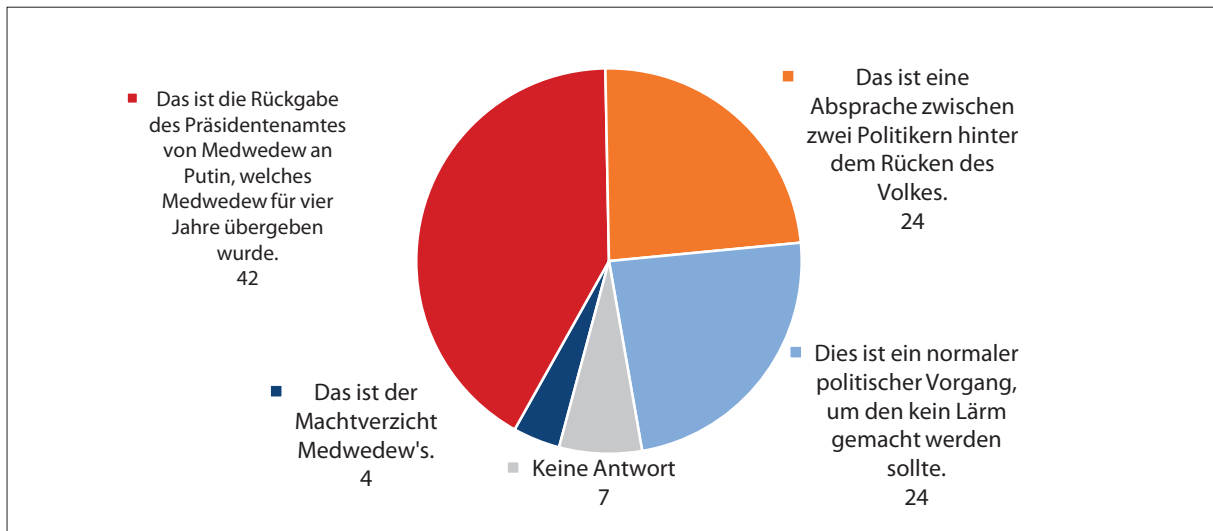
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. September 2011 <http://www.levada.ru/03-10-2011/tandem-putina-i-medvedeva>

Grafik 3: Wen würden Sie gerne als Kandidat bei den russischen Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 sehen? (%)



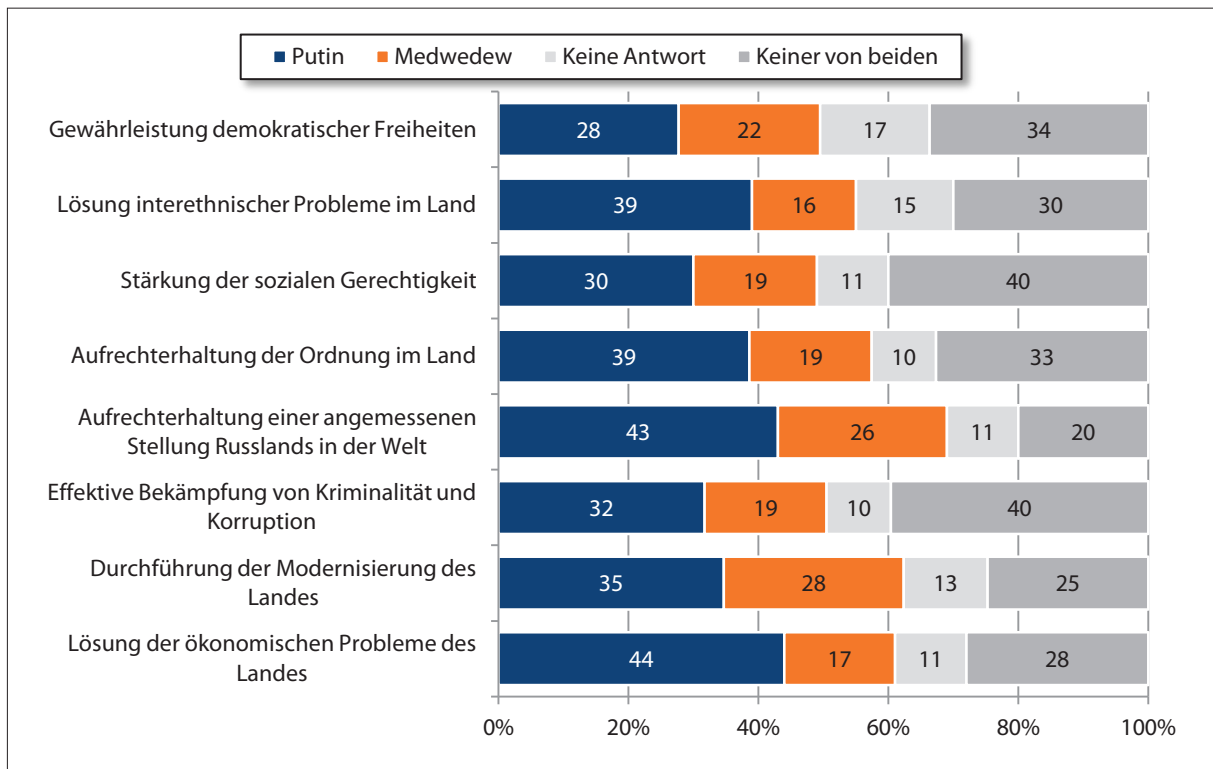
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. September 2011 <http://www.levada.ru/03-10-2011/tandem-putina-i-medvedeva>

Grafik 4: Mit welcher der folgenden Meinungen, bezüglich der Nominierung Wladimir Putins als Präsidentschaftskandidat, stimmen Sie eher überein? (%)



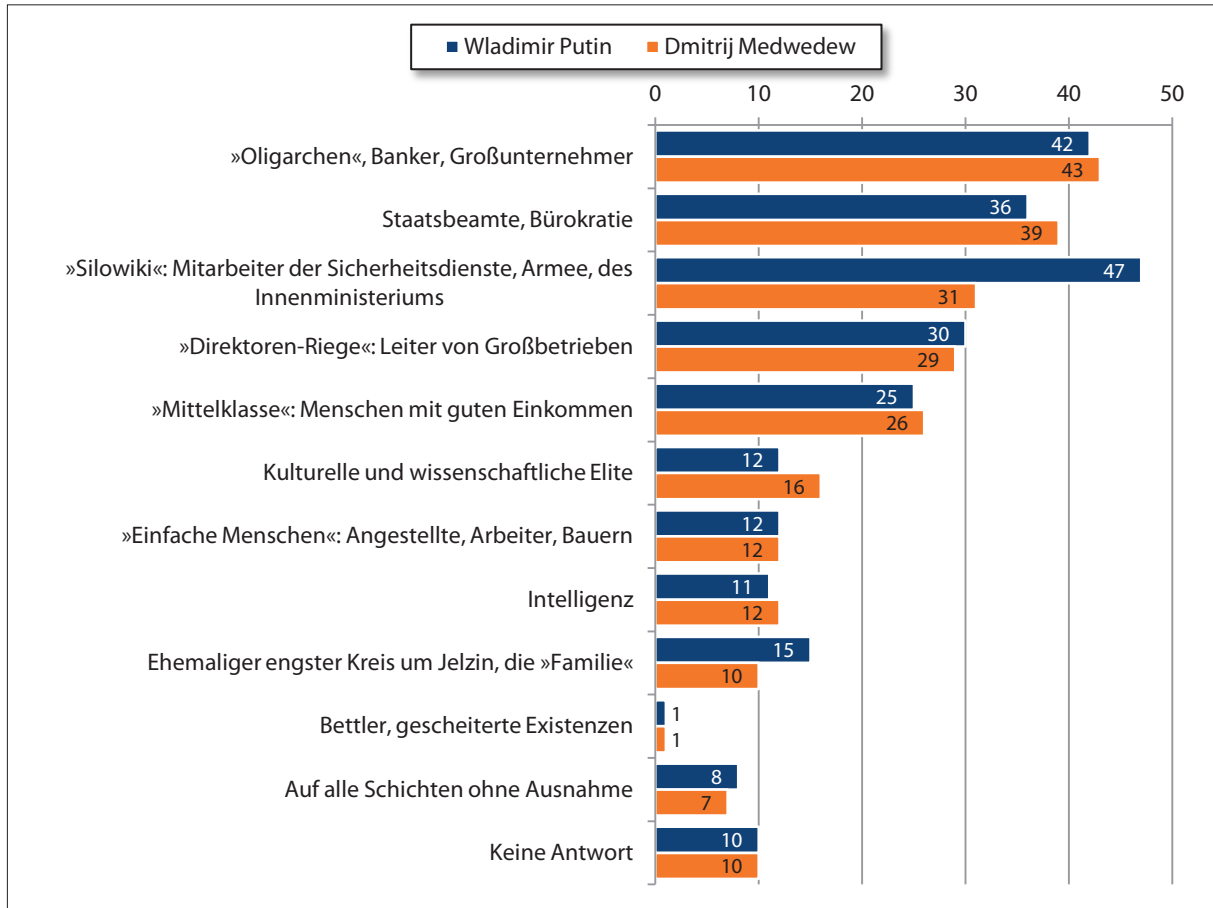
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 30. September–03. Oktober 2011
<http://www.levada.ru/07-10-2011/vladimir-putin-i-ego-tretii-srok>

Grafik 5: Wer von beiden besitzt, Ihrer Meinung nach, weitestgehend die folgenden Fähigkeiten? (%)



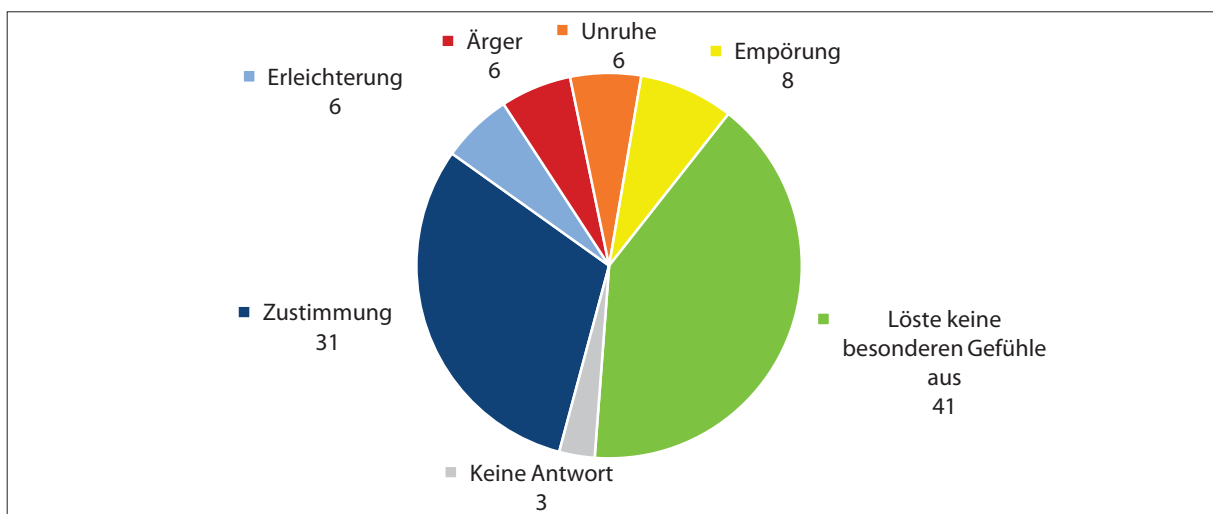
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. September 2011 <http://www.levada.ru/03-10-2011/tandem-putina-i-medvedeva>

Grafik 6: Auf welche gesellschaftlichen Schichten stützen sich Ihrer Meinung nach ...



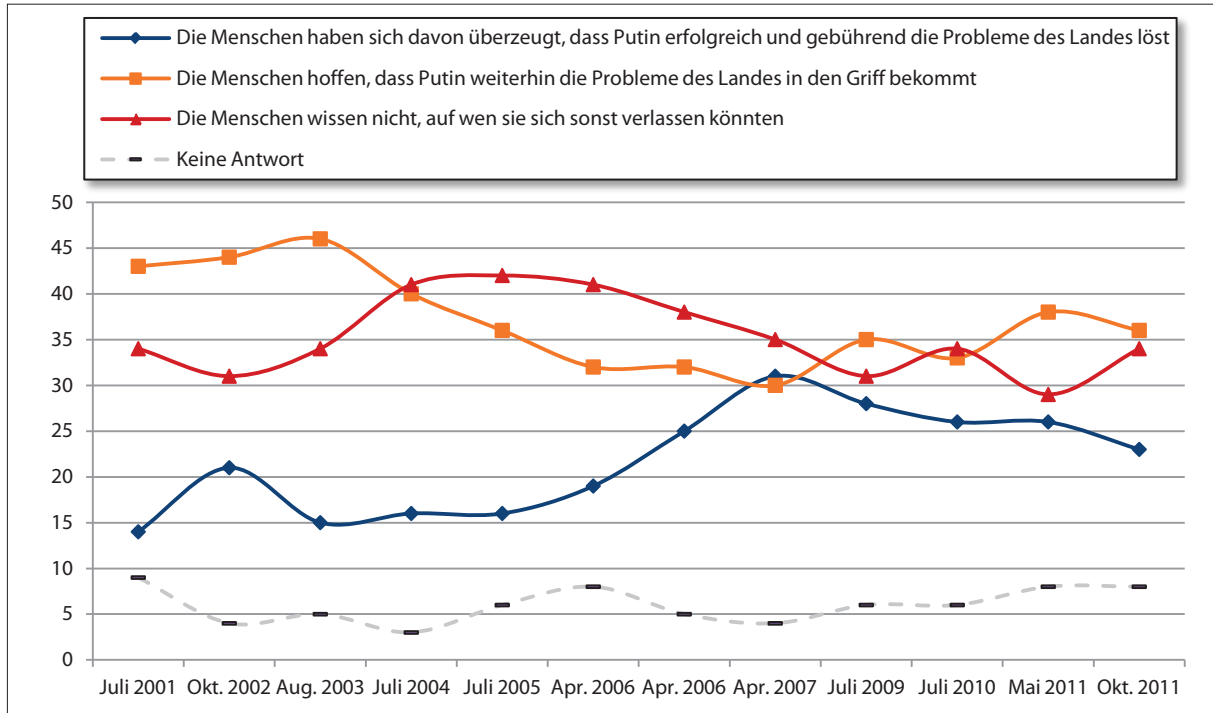
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 23.–27. September 2011 <http://www.levada.ru/03-10-2011/tandem-putina-i-medvedeva>

Grafik 7: Welche Gefühle löste bei Ihnen die Entscheidung darüber aus, Wladimir Putin für die Präsidentschaftswahlen im März kommenden Jahres zu nominieren? (%)



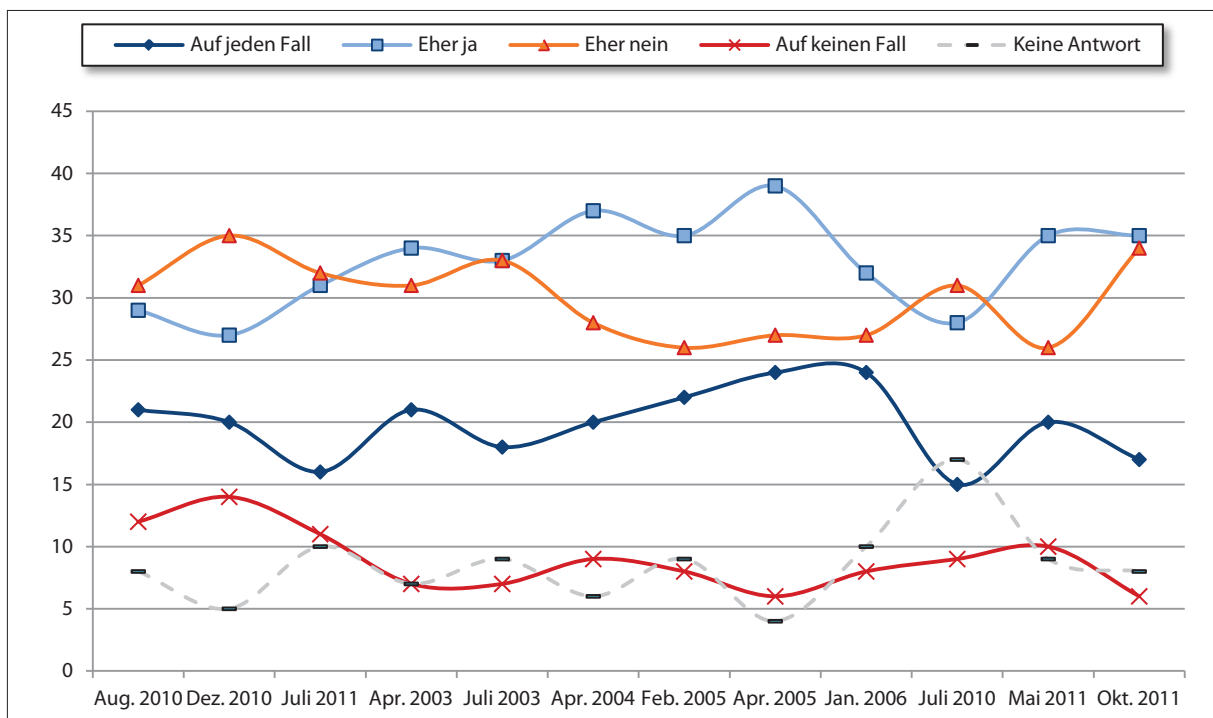
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 30. September–03. Oktober 2011 <http://www.levada.ru/07-10-2011/vladimir-putin-i-ego-tretii-srok>

Grafik 8: Weshalb vertrauen Ihrer Meinung nach viele Menschen Wladimir Putin? (%)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 30. September– 03. Oktober 2011 <http://www.levada.ru/07-10-2011/vladimir-putin-i-ego-tretii-srok>

Grafik 9: Stimmen Sie darin über ein, dass die Bevölkerung schon müde geworden ist, von Wladimir Putin irgendwelche positiven Veränderungen in unserem Leben zu erwarten? (%)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 30. September– 03. Oktober 2011 <http://www.levada.ru/07-10-2011/vladimir-putin-i-ego-tretii-srok>

Klimapolitik: erste Schritte einer Energiesupermacht

Von Oldag Caspar, Berlin

Zusammenfassung

Am 28. November 2011 startet im südafrikanischen Durban der nächste zweiwöchige UN-Klimagipfel. Bei den Verhandlungen gilt Russland als eines der schwierigsten Länder. Gleichzeitig ist Russlands Rolle von hoher Bedeutung für den langfristigen Erfolg der internationalen Klimaschutzanstrengungen. Im Land selbst hat seit der Kopenhagener Klimakonferenz von 2009 ein Umdenken eingesetzt. Der Klimawandel wird als mögliche Bedrohung ernster genommen. Das Thema Energieeffizienz findet hohe Beachtung. Damit eröffnen sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen EU und Russland in den Bereichen Klimawandel und Niedrig-CO₂-Umbau der Wirtschaften.

Russlands Bedeutung

Es gibt nur wenige Länder, die für erfolgreichen internationalen Klimaschutz so entscheidend sind, wie Russland. Russland ist das Land mit den viertgrößten CO₂-Emissionen. In seinen Wäldern und Mooren sind mehr Treibhausgase gespeichert, als in Brasilien oder irgendeinem anderen Land. Russland ist global der wichtigste Lieferant klimaschädlicher fossiler Energie. Das Land verfügt mit 5 bis 7 Gigatonnen nicht nur über riesige Mengen von ungenutzten Emissionszertifikaten (der sogenannten heißen Luft), sondern auch über eines der größten und theoretisch günstigsten Potentiale für Treibhausgaseinsparung weltweit. An Russland führt kein Weg vorbei, wenn der globale Temperaturanstieg so rechtzeitig aufgehalten werden soll, dass seine Folgen beherrschbar bleiben.

Doch im internationalen Klimaschutz ist Russland kein einfacher Partner. In den UN-Klimaverhandlungen verhält sich die russische Delegation passiv. Das Land gilt traditionell als obstruktiv agierende Vetomacht der Verhandlungen. Auch in Russland selbst passiert noch sehr wenig, um die Treibhausgasemissionen zurückzufahren. Eine konsistente russische Klimainnen- wie Klimaaußenpolitik ist bis jetzt nicht erkennbar. Auch ganz grundsätzlich hat Russland im neuen Politikfeld Klimawandel seine Rolle noch nicht gefunden.

Das hat vor allem drei Gründe. Erstens entwickelt sich erst seit dem Kopenhagener Klimagipfel 2009 nach und nach eine öffentliche Vorstellung davon, dass der Klimawandel ein reales und vom Menschen verursachtes Problem ist. Zweitens herrscht in Bevölkerung, Wissenschaft und Politik große Unsicherheit darüber, ob Russland die globale Erwärmung tatsächlich fürchten muss. Drittens bildet die fossile Energiewirtschaft das Rückgrat der russischen Volkswirtschaft. Alleine die Einnahmen aus dem Ölsektor tragen zu ca. 38 Prozent zum russischen Staatshaushalt bei.

Russische Sicht auf die Klimaverhandlungen

Die Sicht russischer Regierungsakteure auf die internationalen Klimaverhandlungen mündet zwischen verschiedenen Polen. Grob lässt sich folgendes Raster festmachen. Die Verhandlungen werden, je nach beteiligter Person, gesehen als...

- Obsession vor allem reicher westlicher Staaten, die von wiederum anderen Staaten genutzt wird, um sich ökonomische oder finanzielle Vorteile zu verschaffen, die für Russland aber auch enorme wirtschaftliche Risiken birgt. Zu dieser Sicht scheint zumindest in der Vergangenheit auch Ministerpräsident Putin geneigt zu haben.
- ein von anderen Staaten für bedeutend angesehener internationaler Verhandlungsprozess, den Russland durch seine Funktion als Großmacht konstruktiv aber unter klarer Beachtung eigener Interessen zusammen mit den Partnern zu einem erfolgreichen Ende führen muss. Diese Sicht wird insbesondere von Akteuren im Außenministerium vertreten.
- ein notwendiger internationaler Prozess zur Abwendung einer globalen Gefahrenlage, in dem auch Russland erhebliche Verantwortung zur Lösung des Problems trägt. Diese Sicht hat sich in den letzten paar Jahren verstärkt und wird von der Rhetorik Präsident Medwedews gestützt.

Hatte es in der Vergangenheit häufig so ausgesehen, als sei der russischen Regierung ihr Image in den Verhandlungen weniger wichtig, so hat sich dieser Eindruck mit dem Amtsantritt von Präsident Dmitrij Medwedew geändert. Auf dem Kopenhagener Klimagipfel hielt Präsident Medwedew eine engagierte Rede, die den Eindruck hinterließ, Russland würde sich ab sofort gemeinsam mit der Weltgemeinschaft aktiv gegen die globale Erwärmung stemmen.

Russland wird von seinen Verhandlern immer wieder als Sonderfall dargestellt. Um das Konsumniveau der anderen Industriestaaten zu erreichen, müssten Russlands Emissionen zunächst weiter steigen. Gründe für

die schon jetzt hohen Emissionen pro Kopf seien dabei das Erbe der sowjetischen Planwirtschaft, das kalte Klima, die weiten Entfernungen zwischen den Städten sowie die auf Förderung, Verarbeitung und Transport von Rohstoffen ausgelegte Struktur der russischen Wirtschaft.

Hohe russische Beamte und Politiker betonen allerdings immer wieder den enormen Beitrag, den Russland bereits zum Klimaschutz geleistet hat. Tatsächlich kann seit 1990 kein anderes Land auf eine derart hohe absolute CO₂-Reduktion verweisen. Ohne diese Leistung würde das aggregierte Emissionseinsparziel des Kyoto-Protokolls für alte Industrieländer von minus 5,2 Prozent bis Ende 2012 wohl nicht erreicht. Auch wenn dafür keine gezielten Klimaschutzmaßnahmen verantwortlich waren, hat Russland diesen Beitrag zum Klimaschutz schmerzhaft bezahlen müssen. Die hohen Mengen von überschüssigen Emissionszertifikaten (AAUs, heiße Luft), über die das Land derzeit verfügt, betrachtet die Regierung darum als legitime Anerkennung für Russlands im Klimajargon sogenannte »early action«. In Moskau hört man immer wieder, dass Russland durch die große Vorleistung eine komfortable Position einnehme. Andere Staaten müssten jetzt nachziehen.

Russlands Sicht auf den Klimawandel

Erst mit dem Gipfel von Kopenhagen und Präsident Medwedews Teilnahme erreichte der Klimawandel 2009 die Frontseiten der russischen Medien. Davor galt das Thema als hoch umstrittenes wissenschaftliches Nischenthema. Noch im September 2007 ergab eine Umfrage im Auftrag der britischen BBC, dass in lediglich drei anderen der in die Befragung aufgenommenen 21 Länder (Indonesien, Kenia, Nigeria) das Wissen über den Klimawandel ähnlich niedrig war, wie in Russland. 64 Prozent der befragten Russinnen und Russen gaben damals an, sie hätten über den Klimawandel noch nichts oder nur wenig gelesen bzw. gehört.

Insbesondere in den besonders betroffenen Gebieten Zentralrusslands lösten im Sommer 2010 Hitze und Torfbrände mit allein für Moskau angenommenen 11.000 zusätzlichen Sterbefällen die nach Kopenhagen nächste Aufmerksamkeitswelle aus. Im Juni 2011 ergab eine repräsentative Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum, dass der Klimawandel für die Moskauer an zweiter Stelle der lokal wahrgenommenen Umweltgefahren liegt.

Der Klimawandel wird damit inzwischen von maßgeblichen Teilen der Elite und Bevölkerung als dringendes globales Problem wahrgenommen. Große Unklarheit herrscht im Land dagegen bei der Frage, inwiefern die globale Erwärmung ein Problem für Russland darstellt. Das Katastrophenschutzministerium sowie die

Wetterbehörde Rosgidromet haben in mehreren Berichten darauf hingewiesen, dass der Klimawandel für Russland trotz positiver Effekte eine negative Bilanz haben könnte. Die Zahl von Wetteranomalien mit hohen Folgeschäden für Wirtschaft und Bevölkerung hat sich seit 1991 bereits mehr als verdoppelt. Höhere landwirtschaftliche Erträge in den gemäßigten und nördlichen Breiten, so der Rosgidromet-Bericht von 2008, könnten durch Ertragsverluste in den trockenen Gebieten Südrusslands sowie durch Brände wie im Sommer 2010 überkompensiert werden. Einer erleichterten Erschließung von Rohstoffen im arktischen Schelf würde die erschwerte Erschließung von Ressourcen im tauenden Permafrost gegenüberstehen. Neuen Einnahmen durch die dauerhafte sommerliche Öffnung des nördlichen Seeweges würden neue Ausgaben durch die verstärkte Sicherung der nördlichen Landesgrenze gegenüberstehen. Noch wenig Resonanz finden Überlegungen, wonach eine durch die Folgen der globalen Erwärmung ausgelöste oder verstärkte Weltwirtschaftskrise Russland in besonderem Maße treffen könnte.

Dekarbonisierung in Russland

Dmitrij Medwedew hat insbesondere während der ersten Hälfte seiner Präsidentschaft (2008 bis 2012) versucht, in Russland Ansätze einer Klimapolitik zu etablieren. Kurz vor seiner Abreise zur Kopenhagener Klimakonferenz billigte er am 17.12.2009 eine Klimadoktrin, in der die Regierung den Klimawandel zum ersten Mal per Beschluss als reale und teilweise anthropogen verursachte Gefahr für Russland bewertet. Die Doktrin gibt nicht nur den Rahmen für staatliches Handeln vor, sondern soll Russland international auch als fortschrittliches Land präsentieren.

Zum 25.4.2011 trat nach langen regierungsinternen Diskussionen die Implementierungsverordnung zur Klimadoktrin in Kraft. Premier Wladimir Putin soll ein halbes Jahr gezögert haben, bis er seine Unterschrift unter die Ausführungsbestimmungen setzte. Damit schürte er bereits existierende Zweifel in der Administration ob der Priorität von Klimapolitik. Mit Putins Unterschrift ist jetzt das Signal gesetzt, dass die neue russische Klimapolitik ab sofort gemeinsame Linie des Regierungstandems ist.

Die Verordnung setzt unter anderem die Ausarbeitung und Implementierung einer »Sektorübergreifenden Strategie zur Begrenzung von Treibhausgasemissionen« bis 2020 als Ziel. Treibhausgasreduktionen sollen durch steuerpolitische Maßnahmen sowie durch die »Minderung von Marktverzerrungen« erreicht werden. Das Wirtschaftsministerium soll bis 2020 »ökonomische Instrumente zur Treibhausgasemissionssenkung« einführen. Es ist fraglich, ob derartige Zeithorizonte in

den kommenden Jahren zu tatsächlichem Regierungshandeln führen. Dennoch bieten Klimadoktrin und Verordnung interessante Ansatzpunkte für eine intensiviertere klimapolitische Kooperation mit Russland.

Diese Anfänge dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass explizite Klimapolitik nach wie vor nicht zu den prioritären Politikfeldern von Regierung und Kreml gehört. Von höchster Bedeutung für Medwedews Präsidentschaft und wahrscheinlich auch darüber hinaus ist dafür die Modernisierung der Wirtschaft. Deren Verlauf wird wesentlich darüber mitbestimmen, ob Russland als Energieanhängsel der Weltwirtschaft ökonomisch und weltpolitisch weiter ins Hintertreffen gerät, oder ob sich andere konkurrenzfähige Sektoren entwickeln und das gesamte Land voranbringen können. Medwedews Modernisierungsinitiative konzentriert sich auf fünf Entwicklungsprojekte: Energieeffizienz, Entwicklung alternativer Energien (inklusive Atomtechnik), Informatik, Telekommunikation und Medizintechnologie.

Insbesondere das Thema Energieeffizienz steht in Russland derzeit hoch auf der Agenda. Russlands Energieintensität (gemessen am BIP) war nach Weltbank-Angaben (World Development Indicators) 2007 dreimal höher als jene Deutschlands und lag 172 Prozent über dem Niveau der Ländergruppe »Upper Middle Income«, zu der auch Russland gezählt wird. Seit November 2009 ist ein Rahmengesetz in Kraft, das zum Ziel hat, die Energieintensität der Wirtschaft bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 2007 zu verringern. Vom Gesetz geht zwar eine wichtige Signalwirkung an Wirtschaft und Verwaltung aus. Um die ehrgeizige 40-Prozent-Zielmarke bis 2020 erreichen zu können, müsste die Regierung ihre Anstrengungen jedoch aller Voraussicht nach deutlich aufstocken.

Die ebenfalls 2009 veröffentlichte »Energiestrategie 2030« sieht zudem einen Ausbau des Anteils erneuerbarer Energien an der Stromproduktion von derzeit unter einem auf 4,5 Prozent 2020 und 7 Prozent 2030 vor (ohne Strom aus großer Wasserkraft, der aktuell einen Anteil von 18 Prozent am russischen Strommix hat). Erste auch große Unternehmen positionieren sich inzwischen mit strategischen Investitionsvorhaben im jungen Erneuerbare-Energien-Markt. Doch noch ist deren Lobby schwach, die politische Umsetzung des Ziels stößt auf Widerstand der fossilen Interessen. Eine Einhaltung des 4,5-Prozent-Ziels für 2020 könnte daher schwierig werden.

Auch wenn die Themen Energieeffizienz und Entwicklung erneuerbarer Energien in Russland in der Regel nicht direkt mit Klimapolitik in Verbindung gebracht werden, bieten sich hier unter dem Dach des Modernisierungsvorhabens Kooperationsmöglichkeiten zwischen

der EU und Russland, für die auf russischer Seite das grundsätzliche Interesse hoch ist. Russland hat in den vergangenen Jahren mit der Europäischen Union sowie bilateral mit 15 EU-Staaten, darunter auch Deutschland, die Einrichtung von Modernisierungspartnerschaften vereinbart. Weitere Partnerschaften werden verhandelt. Sowohl die russisch-deutsche, als auch die EU-Russland-Modernisierungspartnerschaft sind dabei bisher weitestgehend leere Hüllen geblieben, die noch mit gemeinsamen Projekten und Austauschforen gefüllt werden wollen.

Russland als Bremser der globalen Dekarbonisierung?

Bis zur Mitte des Jahrhunderts, so der weitgehende Konsens der Klimaforschung, müssen die weltweiten anthropogenen Treibhausgasemissionen um über die Hälfte zurückgehen. Sonst drohen die Klimawandelfolgen unbeherrschbar zu werden. Viele Staaten haben inzwischen erste Schritte zur Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften eingeleitet. Russland hinkt auch gegenüber Brasilien, China und anderen Ländern mit vergleichsweise niedrigerem BIP pro Kopf deutlich hinterher und droht dabei den Anschluss in wichtigen globalen Leitmärkten von morgen zu verlieren. Für die selbstdeklarierte Energiesupermacht böten dabei gerade Technologiemarkte in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien erhebliche Chancen für die angestrebte Diversifizierung und Modernisierung der eigenen Wirtschaft – und damit für den Weg aus der krisenanfälligen und von Korruption durchsetzten Rohstoffökonomie.

Gelingt es Russland in den kommenden Jahren nicht, erste erfolgreiche und damit ermutigende Schritte in Richtung auf eine Niedrigkarbonmodernisierung zu gehen, steigt die Wahrscheinlichkeit einer russischen Nichtbeteiligung an internationalen Klimaabkommen. Russland könnte die globale Dekarbonisierung dann als Projekt definieren, das sich gegen seine strategischen Interessen richtet. Für die allgemeinen Beziehungen Russlands zur EU sowie zu seinen vom Klimawandel besonders negativ betroffenen südlichen Nachbarstaaten wäre eine solche Entwicklung kein gutes Vorzeichen.

Doch die Vorzeichen für eine intensiviertere Kooperation der EU mit Russland im Bereich Niedrig-CO₂-Modernisierung haben sich in den letzten Jahren durchaus verbessert. In Russland hat seit 2008 die Aufmerksamkeit gegenüber den Gefahren des Klimawandels deutlich zugenommen. Gleichzeitig hat sich auf staatlicher Ebene ein Bewusstsein für die dringend notwendige Verringerung der eigenen Abhängigkeit von fossilen Ressourcen entwickelt. Die russische Sorge vor einer anhaltenden Rückständigkeit bei neuen Technolo-

gien ist groß. Auch als Resultat aus diesen Veränderungen geht die Energiesupermacht Russland inzwischen erste Schritte in Richtung auf mehr Energieeffizienz, einer vorsichtigen Entwicklung der erneuerbaren Ener-

gien sowie eines besseren wissenschaftlichen Verständnisses der globalen Erwärmung. Insbesondere in diesen Bereichen liegen die konkreten Kooperationsmöglichkeiten, die Deutschland und die EU aufgreifen können.

Über den Autor:

Oldag Caspar ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

Lesetipps:

- Korppoo, Anna/Safonov, George/Lugovoy, Oleg, Russia and the Post 2012 Climate Regime. Emission Trends, Commitments and Bargains, 2010, <https://www.norden.org/en/publications/publications/2010-584>
- McKinsey&Company, Pathways to an Energy and Carbon Efficient Russia. Opportunities to Increase Energy Efficiency and Reduce Greenhouse Gas Emissions, 2009, http://www.mckinsey.it/storage/first/uploadfile/attach/141678/file/russian_cost_curve_summary.pdf

ANALYSE

Der Energieeffizienz-Dialog zwischen der EU und Russland und die Rolle Deutschlands

Von Vadim Kononenko, Helsinki

Zusammenfassung:

Seit 2009 verfolgt die russische Regierung im Rahmen ihrer Modernisierungsbestrebungen auch eine Verbesserung der Energieeffizienz. Hierzu wurden ambitionierte Ziele gesteckt sowie aktiv Partnerschaften mit der EU, einzelnen Mitgliedsstaaten sowie Unternehmen in der EU entwickelt. Fraglich bleibt jedoch die Dauerhaftigkeit dieser Bemühungen. Auch müssen die *top-down*-Manier der russischen Modernisierungs-

bemühungen und die institutionellen Schwierigkeiten kritisch bewertet werden.

Modernisierung und Energieeffizienz

Seit dem Amtsantritt von Präsident Medwedew hat das Thema der Energieeffizienz (EE) auf der russischen politischen Agenda an Bedeutung gewonnen und wurde mit Medwedews Modernisierungsprojekten sowie den russischen klimapolitischen Anstrengungen in Verbindung gebracht.

Die Gesetzgebung zu sektorspezifischen Energieeffizienzmaßnahmen von 2009 zielt darauf ab, die Energieeffizienz bis 2020 um 40 % anzuheben um die russische Wirtschaft durch den zusätzlichen Export von eingespartem Öl und Gas zu unterstützen, deren globale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern sowie die allgemeine Lebensqualität der russischen Bevölkerung zu verbessern.

Seit 2009 hat sich die russische Haltung von einem vorwiegend zurückhaltenden Partner zu einem aktiven Initiator von Kooperationen mit der EU im Bereich der Energieeffizienz gewandelt. Dieser Trend wird durch die Einrichtung von Kooperationsagenturen wie dem

Finnisch-Russischen Energieclub (2010), der Deutsch-Russischen Energie-Agentur (2010) sowie dem Französisch-Russischen Energieeffizienz-Zentrum (2011) veranschaulicht. Diese Organisationen wurden durch russische Akteure initiiert und mitbegründet. Die Ausweitung bilateraler Politikdialoge zur Energieeffizienz mit EU-Mitgliedsstaaten geht einher mit fortgesetzten Gesprächen mit der EU-Kommission im Rahmen des Energiedialogs und der Modernisierungspartnerschaft.

Auch wenn in letzter Zeit der Zuspruch besonders rasch gewachsen ist, ist die Energieeffizienz kein völlig neues Thema auf der EU-Russland Agenda. In der Tat wird es schon seit Beginn des EU-Russland Energiedialogs im Jahr 2000 diskutiert. Einige Mitgliedsstaaten, zum Beispiel Finnland, initiierten schon Mitte der 1990er Jahre bilaterale Projekte mit Russland. Jedoch gab es im Bereich der Energieeffizienz wenig praktische Kooperationen. Die bilateralen Projekte der 1990er Jahre, d. h. Zuschüsse und Darlehen für den öffentlichen Wohnungsmarkt auf regionaler Ebene, fielen gemischt aus, manche scheiterten sogar. Der geringe Fortschritt

war darauf zurückzuführen, dass von russischer Seite Anreize zur Verbesserung der Energieeffizienz fehlten, die Energiepreise für den lokalen Verbrauch niedrig waren und ein geringer politischer Wille bestand, an dieser Situation etwas zu ändern.

Sind die Kooperationsvoraussetzungen solide genug?

Erstens ist Energieeffizienz ein wichtiger Kalkulationsposten für Russland, da eine reduzierte Energieintensität der russischen Wirtschaft das Exportpotential von Energieressourcen für den europäischen Markt verbessern und somit teilweise mit den Bedürfnissen der europäischen Energiesicherheit korrelieren würde. Dies würde auch den russischen Interessen als Energieexporteur, vor allem in Zeiten hoher Energiepreise, entsprechen. Mehr noch, ein besserer, sparsamerer Energieverbrauch führt auch zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen der energieintensiven Industriektoren in Russland und somit zu einem positiven Effekt für des Weltklima.

Zweitens, da Russlands neue Energieeffizienzpolitik und -gesetzgebung die aktive Beteiligung von Privatinvestitionen vorsieht, bestehen Möglichkeiten für europäische Akteure, in potentiell profitable Projekte zu investieren, zum Beispiel im Rahmen des Joint Implementation Mechanismus [im Rahmen des Kyoto-Protokolls, AdÜ].

Drittens hat die Energieeffizienz einen geringen Grad an Politisierung und scheint allgemein ein mehr wirtschaftlich als politisch angetriebener Prozess zu sein. Entgegen anderer, sensibler Bereich in den EU-Russland Beziehungen, in denen Fortschritte häufig auf Grund gegenseitiger Meinungsverschiedenheiten blockiert sind.

Obwohl diese Prämissen existieren, sollten sie nicht als garantiert verstanden werden. So ist zum Beispiel die interne Energienachfrage der EU kurzfristig schwer vorherzusehen, langfristig aber wird die Nachfrage nach russischen Exporten wahrscheinlich zurückgehen. Dies bedeutet, dass Russland bei begrenzten Exportmöglichkeiten ein Energieüberschuss produzieren könnte. Was wiederum bedeutet, dass die Energieeinsparung aus Exportgründen eine weniger attraktive Option wäre.

Das russische Energieeffizienzpotential und die Erfolgsaussichten für private Investitionen in diesem Bereich hängen von der tatsächlichen Nachfrage nach solchen Investitionen vor allem in Subsektoren der Industrie sowie vom allgemeinen Investitionsklima ab. In vielen Fällen, so zum Beispiel bei den Deutsch-Russischen Energieeffizienzprojekten in Jekaterinburg, sind Investitionen auf Grund des politischen Engagements der russischen Führung aufrechterhalten worden. Wo solch eine Beteiligung ausbleibt, sei es aus Mangel an

persönlichem Interesse oder aus anderen Gründen, fällt es schwer, Investoren anzulocken, die mit einem Einstieg in diesen Sektor eher zögern.

Bezüglich des politischen Engagements und der Bedeutung von Energieeffizienz als Priorität auf der EU-Russland Agenda ist unklar, ob das Thema angesichts der fehlenden Haushaltsfinanzierung seine Bedeutung behalten wird. Die russische Regierung wird, um die Ziele ihrer Energieeffizienzpolitik zu erreichen, öffentliche Finanzen bereitstellen oder private Investoren anlocken müssen. Letzteres ist jedoch sehr schwer, da die wirtschaftlichen Anreize fehlen. Allein schon aus diesen Gründen ist es schwierig, große Fortschritte in der Zusammenarbeit vorherzusehen. Dennoch ist es wichtig zu analysieren, wie sich die politische Zusammenarbeit im Moment entwickelt.

Fortschritt auf EU-Russland Ebene?

Was die EU-Russland Ebene betrifft, so zeigt sich die Energieeffizienz in verschiedenen politischen Strukturen, die Moskau und Brüssel seit 2000 eingerichtet haben. An erster Stelle wird die Energieeffizienz im EU-Russland Energiedialog (ED) vertreten. Der Energiedialog ist ein im Jahr 2000 eingerichteter Rahmen, um Russland und die EU im Energiesektor zusammenzubringen und die Öffnung der jeweiligen Energiemärkte zu garantieren. Der Energiedialog ist mit weiteren Kooperationsstrukturen, wie den »Vier gemeinsamen Räumen« (Gemeinsamer Raum für Energie) und der Modernisierungspartnerschaft verbunden.

Der Energiedialog umfasst drei Themengruppen, die von Sekretariaten in Brüssel organisiert werden. Den Vorsitz der Themengruppe zu Energieeffizienz übernimmt ein Repräsentant eines EU-Mitgliedsstaates sowie ein russischer Beamter des Energieministeriums. Den Co-Vorsitz der Gruppe übernimmt seit 2001 Deutschland. Die Arbeit der Gruppe ist auf drei wesentliche Ziele ausgerichtet:

- den Informationsaustausch über gesetzliche und regulatorische Rahmenbedingungen;
- den Austausch von Erfahrungen und Wissen bei Projekten im Bereich der Energieeffizienz, Energieeinsparung, Gasabfackelung sowie Erneuerbare Energiequellen;
- die Implementierung gemeinsamer Projekte von gegenseitigem Interesse.

Weiterhin organisiert die Themengruppe Expertenseminare und trifft sich zwei Mal im Jahr, normalerweise in Russland und in Brüssel. Sie stützt ihre Arbeit auf jährliche Aktionspläne, die durch den ministeriellen permanenten Partnerschaftsrat zu Energie bestätigt werden. Die Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission und das russische Energieministerium sind die

direkten Gesprächspartner, die bei der Kooperation auf dieser Ebene beteiligt sind.

Von 2005–2010 organisierte die Themengruppe einige Projekte, darunter Investitionen in Energieeffizienz-Projekte in Russlands Regionen, Maßnahmen, die auf eine Verbesserung der Energieeffizienz im russischen Gebäudesektor, insbesondere in Verwaltungsgebäuden abzielten, sowie eine gemeinsame Studie zu Energieeffizienz-Indikatoren. Zu den aktuellsten und wichtigsten Projekten zählen die Unterstützung bei der Entwicklung eines russischen Energieeffizienz-Management-Systems im Jahr 2009 und ein Projekt zu Energieeffizienzindikatoren in Russland, das im Februar 2010 angelaufen ist. Des Weiteren werden Projekte auch in Kooperation mit anderen EU-Russland Programmen wie der Umweltpartnerschaft im Rahmen der Nördlichen Dimension (NDEP) und des EU-Russland Umweltdialogs vorbereitet. Als Kooperationsbeitrag der EU-Kommission wird die Förderung eines Austausches von Erfahrungen und gewohnten Praktiken beschrieben, sowie die Fähigkeit, in einer »schwierigen institutionellen Umgebung«, zum Beispiel im regionalen Wärmesektor, in Russland zu operieren.

Die Zusammenarbeit mit Deutschland

Deutschland pflegt mit Russland eine intensive und langjährige Zusammenarbeit, auch im Energiesektor. Hieran sind einige Bundesministerien beteiligt: das Ministerium für Wirtschaft und Technologie, das Umweltministerium und das Auswärtige Amt. Ein zentraler Akteur in diesem Kooperationsbereich ist die Deutsche Energie-Agentur (DENA). Motive für die Kooperation liegen zum einen in der Möglichkeit des Technologieexports und der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu dem strategischen Partner. Zum anderen wird auch die Energiesicherheit angeführt, was sich am wachsenden Anteil russischer Gasimporte nach Deutschland zeigt. Aus Sicht eines Beobachters sieht Deutschland die Zusammenarbeit mit Russland auch als einen Weg, Veränderungen in Russland zu fördern. Demnach bestimmt eine Mischung aus Pragmatismus und Optimismus die deutsche Haltung zu Kooperationen mit Russland. Vor diesem Hintergrund nahm Deutschland im Jahr 2008 den russischen Vorschlag an, eine bilaterale Modernisierungspartnerschaft einzurichten, die in der Folge als Modell für die Modernisierungspartnerschaft zwischen Russland und der EU diente.

Deutsche Beteiligte merken stolz an, dass die bilaterale Zusammenarbeit mit Russland dem EU-Russland Format vorausgegangen ist und schon Mitte der 1990er Jahre begann. Die Deutsche Energie-Agentur gehörte hierbei zu den Pionieren der Zusammenarbeit und organisierte zunächst vor allem Seminare und Pilotprojekte.

Die Rolle der DENA war zudem bei der Gründung der Russisch-Deutschen Energie-Agentur (RUDEA) im Jahr 2008 zentral, die seit Juli 2009 in Moskau angesiedelt ist. Die RUDEA ist ein Unternehmen in deutsch-russischem Besitz. Die DENA besitzt 40 % der Eigentumsrechte, während Russland 60 % (der Russische Karbon-Fond und die Gazprombank jeweils 30 %) der Anteile hält. Die Aufteilung erfolgte bewusst, um die neue Agentur so fest wie möglich in Russland zu verankern und das Eigentümerbewusstsein bei den russischen Beteiligten zu erhöhen. Der Aufsichtsrat von RUDEA besteht aus Repräsentanten des deutschen Ministeriums für Wirtschaft und Technologie, der DENA sowie des russischen Energieministeriums und dem Nationalen Kohlenstoff Fond. Im Expertengremium der RUDEA sind einige weitere Ministerien sowie deutsche Unternehmen vertreten.

Die RUDEA hat ein Büro in Moskau, in den Räumlichkeiten des Deutschen Wirtschaftszentrums, und hat hochqualifizierte Mitarbeiter, von denen viele vorher im öffentlichen Dienst bei russischen Ministerien gearbeitet haben. Der aktuelle Direktor ist ein Deutscher, sein Stellvertreter ein Russe. Die Agentur verfolgt folgende drei Ziele:

- Förderung der Umsetzung der russischen Energieeffizienzpolitik
- Unterstützung bei der Entwicklung eines Marktes für energieeffiziente Technologien und Dienstleistungen in Russland
- Steigerung des Exportpotentials des russischen Energie- und Treibstoffsektors.

Als Prioritäten werden die Energieeffizienz im Energiesektor (zum Beispiel Strom und dessen Verteilung), Energieeffizienz im Industriesektor, die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, Energieeffizienz bei öffentlicher Beleuchtung (zum Beispiel Straßenbeleuchtung) sowie die Energieverbrauchsbewertung identifiziert.

Jekaterinburg mit dem Swerdlowsker Gebiet wurde von Deutschland als prioritäre Region in Russland ausgewählt. Die Auswahl wurde durch die Tatsache bestimmt, dass das Gebiet sehr stark industrialisiert ist und als solches ein beachtliches Potential für Energieeffizienz besitzt. An der Einrichtung einer Pilotregion als Schaufenster war Moskau ebenfalls stark interessiert, wie an der Profilierung Jekaterinburgs als zukünftige »Energieeffizienz-Stadt« zu bemerken ist.

Institutionelle Schwierigkeiten

Ein Grund zur Sorge bleibt die Qualität der russischen Institutionen, auch wenn sich die exekutive Stärke der Institutionen im Energieeffizienz-Sektor durch die Gründung der neuen, oben beschriebenen Strukturen, seit 2008/09 verbessert hat. Eine Sorgenquelle ist der

Ansatz von oben nach unten, wenn politische Strategien ausgearbeitet und umgesetzt werde. Es wird zuviel Gewicht auf Föderalinstitutionen wie die Ministerien in Moskau und die Präsidentschaftsadministration gelegt. Die vom föderalen Zentrum beschlossenen Entscheidungen werden in den Regionen nicht immer so umgesetzt wie gewünscht. Die Entscheidungen des föderalen Zentrums werden vor Ort oft blockiert, da sie als unpassend für die Bedürfnisse der Regionen angesehen werden. Dies kann aber auch andere Gründe haben, wie die schlechten Beziehungen zwischen unterschiedlichen Behörden, zum Beispiel zwischen dem Gouverneur einer Region und dem Bürgermeister einer Stadt. Ein solcher Vorfall wurde in einem von RUDEA geleiteten Projekt gemeldet, als die schlechten persönlichen Beziehungen zwischen dem Gouverneur der Region Swerdlowsk und der Stadt Jekaterinburg einen nachteiligen Effekt auf das Vorhaben hatten, da die beiden Offiziellen eine Entscheidung treffen mussten, diese Entscheidung jedoch auf Grund von administrativen Streitigkeiten nicht gefällt wurde.

Noch mehr fehlt es an einem institutionellen Umfeld, das die Gesellschaft als Ganzes, darunter Experten, NGOs und Wirtschaftsverbände, die ein Interesse an der Verbesserung der Energieeffizienz äußern, umfassen würde. Anders gesagt mangelt es in Russland an einer »Energieeffizienz-Lobby«.

Die Schwäche des gesellschaftlichen Umfeldes wird im Allgemeinen als Hindernis wahrgenommen. So ist es zum Beispiel schwierig, einen Projektpartner in Russland zu finden, der nicht durch die Behörden »ernannt« wurde oder Erfahrung bei der Arbeit mit internationalen Partnern mitbringt. Ein Beispiel hierfür bietet ein finnisches Energieunternehmen, das im Jahr 2006 ein neues Bewertungsprogramm für den Energieverbrauch in St. Petersburg startete. Der Projektpartner auf russischer Seite erhielt eine Finanzierung aus dem Nachbarschaftsprogramm des finnischen Außenministeriums, konnte aber seine Zusagen nicht einhalten. Schließlich zog sich der russische Partner aus dem Projekt zurück und die finnischen Beteiligten mussten nach einer neuen Organisation in Russland suchen. Es konnte ein neuer Partner gefunden werden, der schon zuvor mit finnischen Unternehmen zusammengearbeitet hatte. 2008 wurde ein neuer Projektantrag eingereicht. Das Projekt verzögerte sich jedoch erneut, da eine neue Genehmigung der Stadtverwaltung von St. Petersburg nötig wurde.

Über den Autor:

Vadim Kononenko ist Forscher am Finnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (FIIA) in Helsinki. Seine Forschungsbereiche umfassen die russische Außenpolitik und die russischen Energiebeziehungen mit der EU. Kononenko ist Mitglied des St. Anthony's College an der Universität von Oxford, an dem er für seine Doktorarbeit zur Rolle informeller Netzwerke bei der Herausbildung der russischen Energiepolitik forscht.

Fazit

Bisher ist noch schwer vorherzusagen, wie dauerhaft der neue Aktivismus Russlands sein, und welchen Einfluss diese Aktivität auf russischer Seite auf den Kooperationsprozess haben wird. Der Enthusiasmus könnte ein Echo auf die politischen Stellungnahmen auf höchster Ebene sein oder eine Folge des administrativen Drucks, die staatliche, 2009 begonnene Energieeffizienz-Reform umzusetzen. Parallel zu den positiven Äußerungen wurden aber auch Vorbehalte geäußert. Von russischer Seite wurde wiederholt geäußert, dass das Bewusstsein über die Notwendigkeit einer Senkung des Energieverbrauchs in Russland genügend ausgeprägt sei und somit wenig Bedarf nach europäischem Rat oder »moralischer Unterstützung« bei diesem Thema bestehe. Stattdessen werden Investitionen und materielle Unterstützungen für Verbesserungen im Bereich der Energieeffizienz erwartet.

Der zweite Vorbehalt ist, dass die Kooperation im Bereich der Energieeffizienz nicht einfach nur eine Möglichkeit für europäische Unternehmen sein sollte, Gewinn zu machen. Die Kooperation sollte vielmehr den gegenseitigen Interessen und internen Prioritäten der russischen Wirtschaftsmodernisierung dienen.

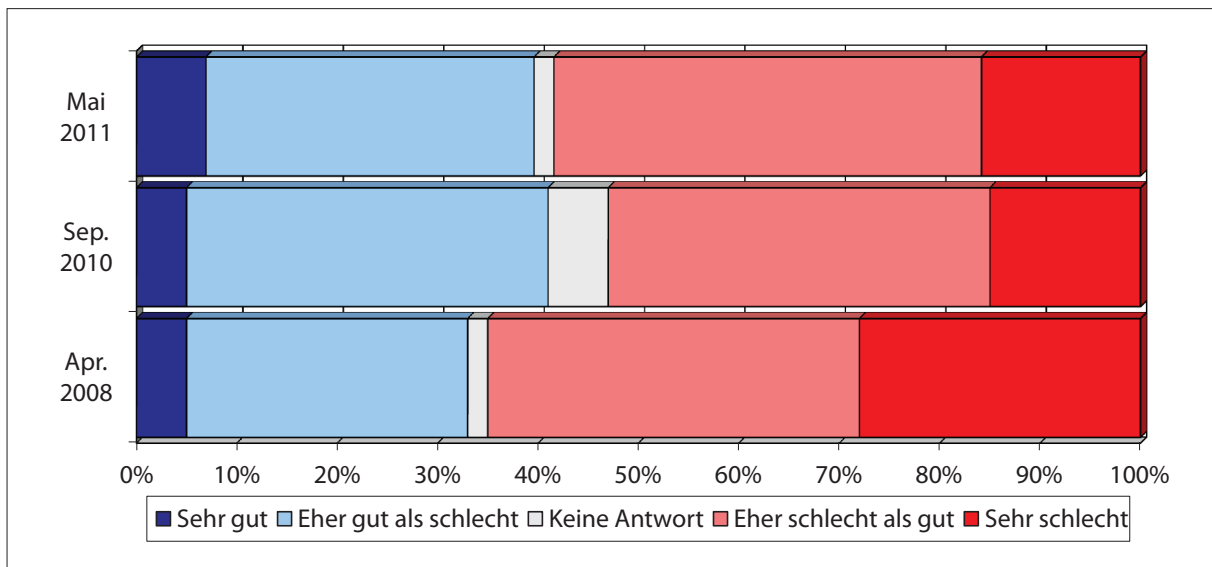
Die europäischen Akteure sollten ein ausgeglicheneres und kritischeres Verständnis der russischen Position gegenüber zeigen. Politische Entscheidungen werden häufig in einer *top-down*-Manier umgesetzt, wobei das föderale Zentrum die Ziele für die Regionen sowie die an der Umsetzung beteiligten Unternehmen vorgibt. Dieselbe Tendenz wird an der Art, wie Moskau die Zusammenarbeit mit der EU sieht, sichtbar. Aus Moskauer Sicht ist es zwingend erforderlich, dass die europäischen Partner die russischen Prioritäten anerkennen und bereit sind, auf diese mit Projekten zu antworten, die einen tatsächlichen materiellen Effekt haben (wie zum Beispiel Direktinvestitionen und die Einführung von Technologien). Russische politische Entscheidungsträger würden es zudem bevorzugen, wenn sie sich selbst, möglichst viele, europäische Partner auswählen könnten. Dieser Trend zeigt sich sehr deutlich an der Zahl der Absichtserklärungen zu Energieeffizienz-Kooperationen, die Russland in den letzten zwei Jahren mit beinahe der Hälfte der EU-Mitgliedsstaaten abgeschlossen hat. Ziel dieser Abkommen ist es, eine Basis an Unternehmen in EU-Staaten zu haben, die der russische Staat bei der Umsetzung unterschiedlichster Energieeffizienzprojekte einladen könnte.

Übersetzung: Christoph Laug

Umwelt und Klimaschutz in russischen Umfragen

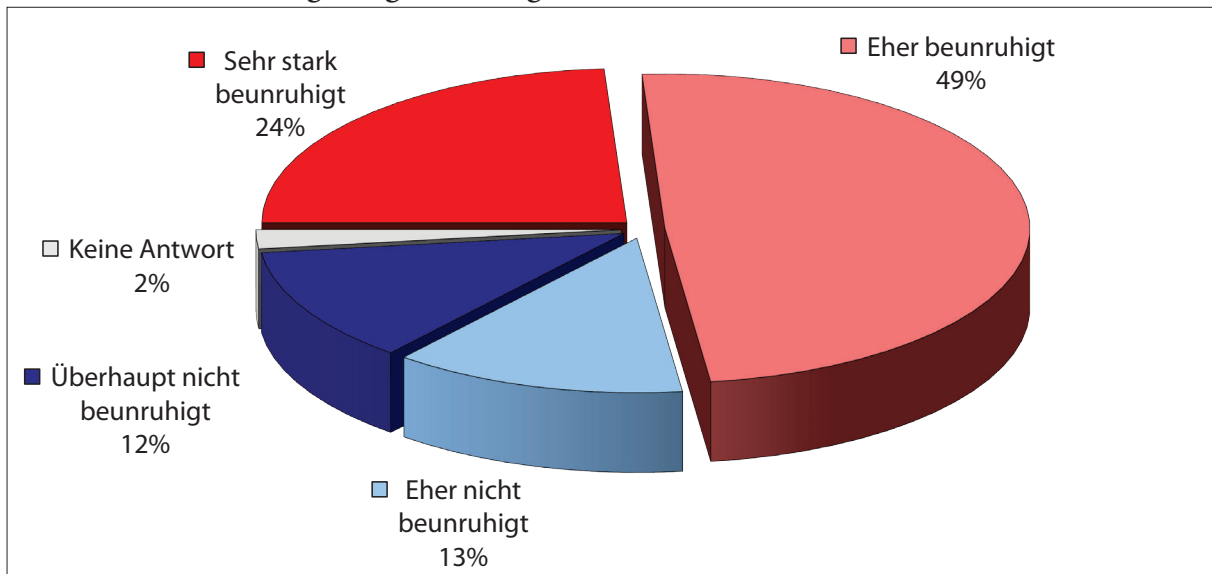
Der Zustand der Umwelt

Grafik 10: Wie bewerten Sie die Lage der Umwelt (Sauberkeit von Luft und Wasser, Geräuschpegel, Umweltzustand usw.) in Ihrer Stadt/Ihrem Rayon?



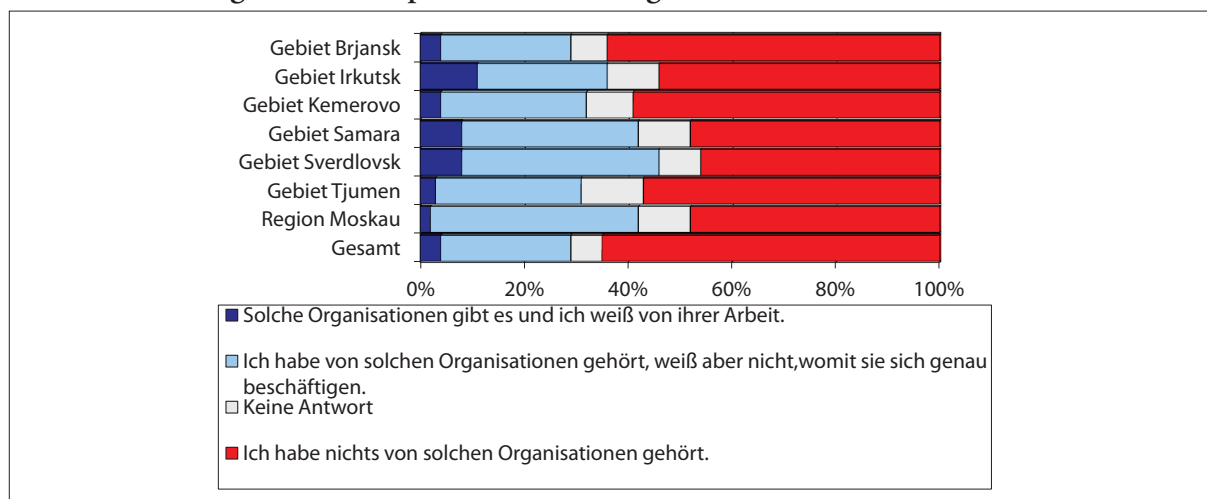
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru/press/2011060203.html>

Grafik 11: In welchem Maße sind Sie vom Zustand der Umwelt an Ihrem Wohnort und der näheren Umgebung beunruhigt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru/press/2011060203.html>

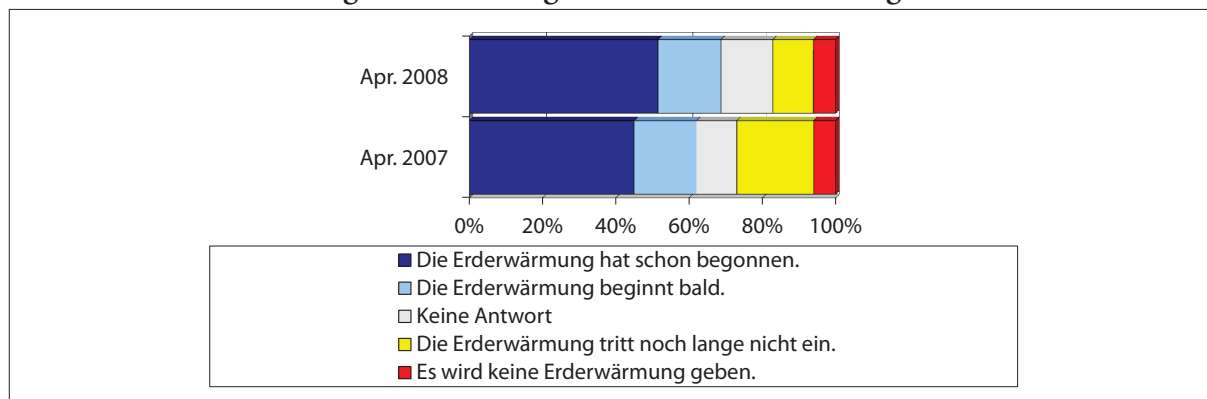
Grafik 12: Gibt es in Ihrer Stadt/Ihrem Rayon gesellschaftliche Organisationen, die sich die Lösung von Umweltproblemen zur Aufgabe machen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. April 2011 <http://www.levada.ru/press/2011060203.html>

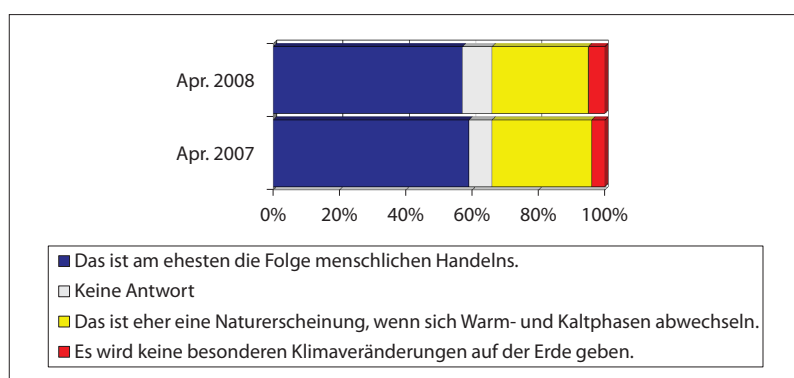
Droht uns eine Erderwärmung?

Grafik 13: Welcher der folgenden Meinungen über die Erderwärmung stimmen Sie zu?



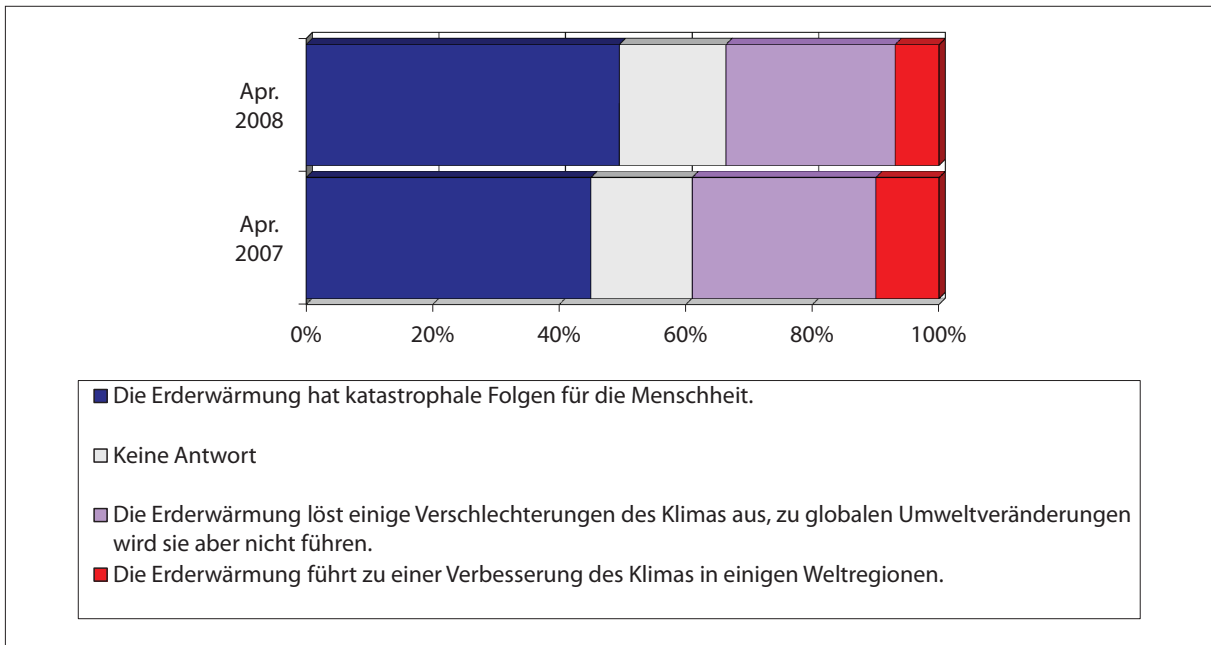
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. September 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10708.html>

Grafik 14: Viele gehen davon aus, dass sich das Klima auf der Erde in den kommenden Jahren verändern wird. Wie denken Sie darüber?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. September 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10708.html>

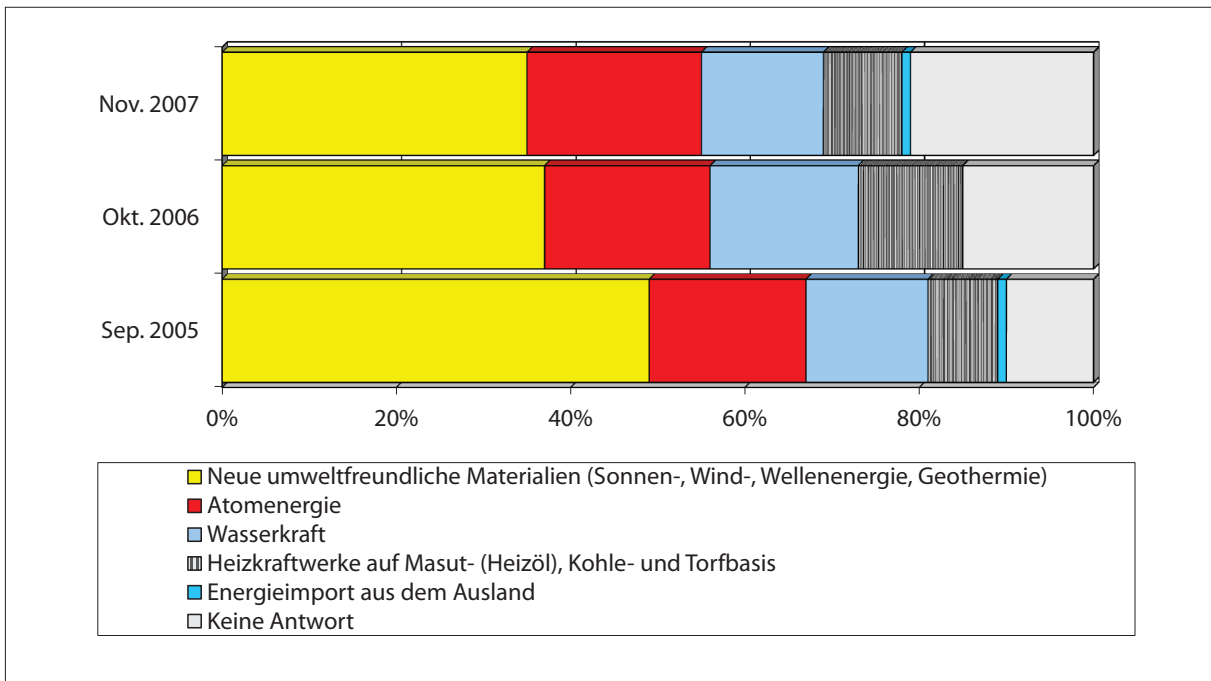
Grafik 15: Welche Folgen wird Ihrer Meinung nach die Erderwärmung haben?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 6.–7. September 2008 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/10708.html>

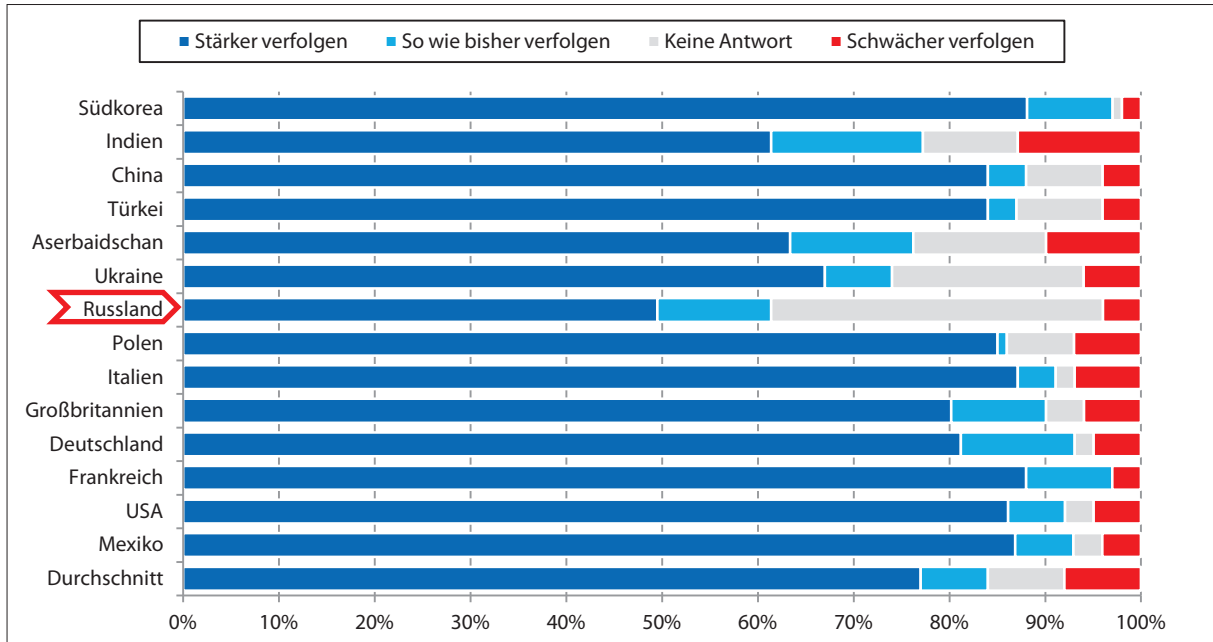
Solarenergie statt Atomenergie?

Grafik 16: Welche Energiequellen sollten in Russland am aktivsten entwickelt werden?

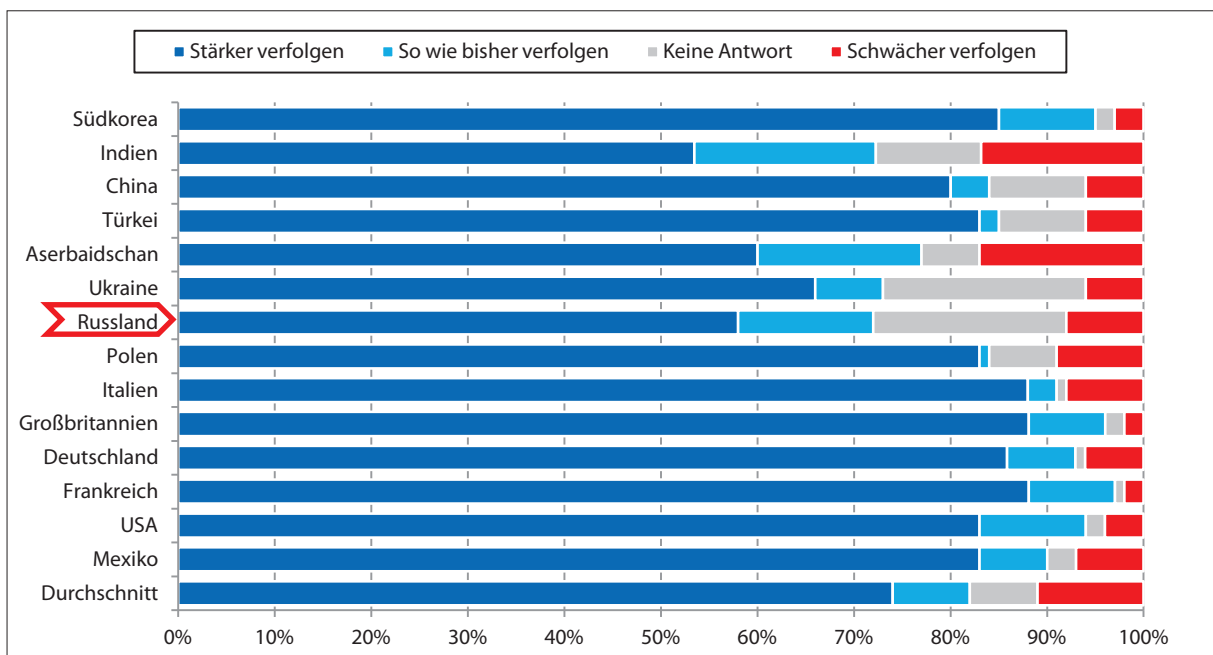


Quelle: Umfragen des WZIAM vom 17.–18. November 2007 <http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9339.html>

**Grafik 17: Sollte unser Land die folgenden Möglichkeiten, mit der Energieproblematik umzugehen, stärker, schwächer oder so wie bisher verfolgen?
Installation von Solar- oder Windenergie-Systemen**



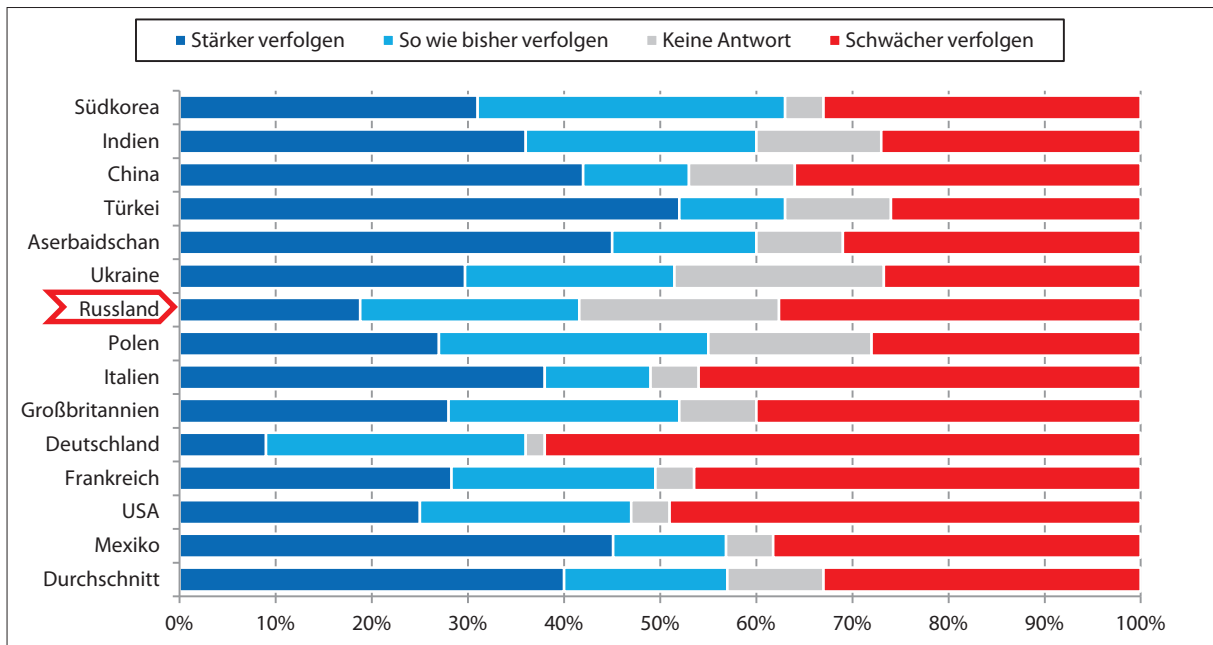
**Grafik 18: Sollte unser Land die folgenden Möglichkeiten, mit der Energieproblematik umzugehen, stärker, schwächer oder so wie bisher verfolgen?
Energetische Gebäudesanierung**



Quelle: Umfragen im Auftrag des World Public Opinion vom 15. Juli–4. November 2008 <http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/btenvironmentra/570.php?lb=bte&pnt=570&nid=&id=>. Umfragen in Russland durchgeführt vom Lewada-Zentrum, 15.–20. August 2008 <http://www.levada.ru/press/2008120101.html>. Eigene Länderauswahl. Vollständige Umfrage unter http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Energy_Nov08_quaire.pdf.

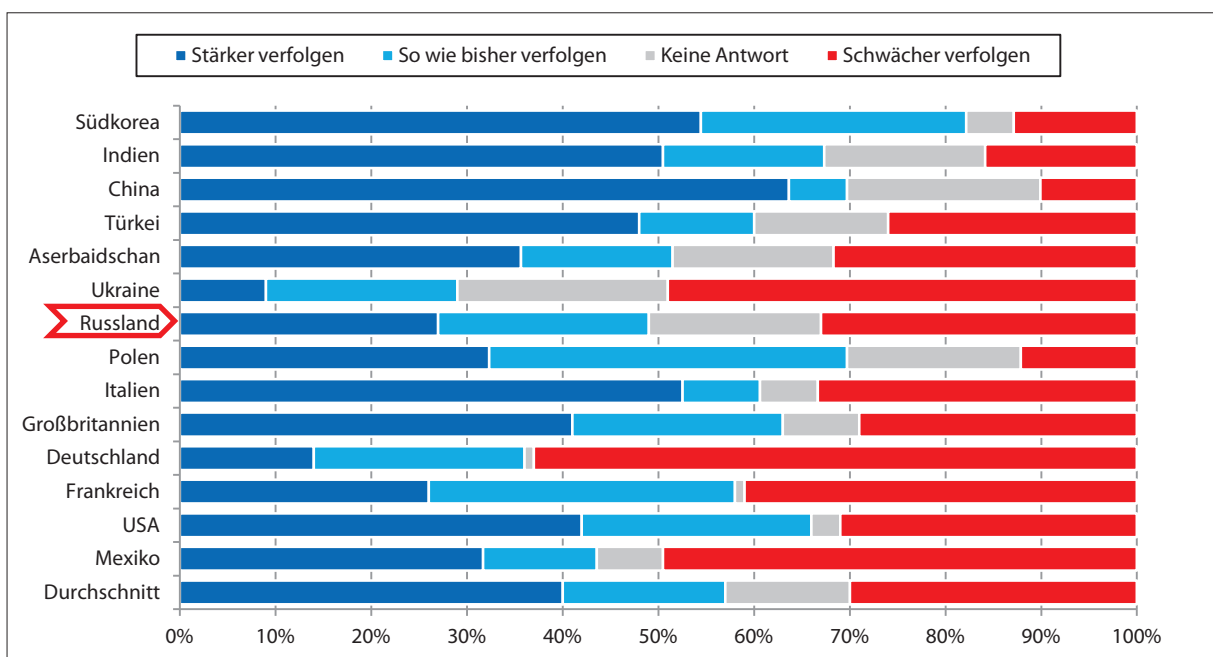
Grafik 19: Sollte unser Land die folgenden Möglichkeiten, mit der Energieproblematik umzugehen, stärker, schwächer oder so wie bisher verfolgen?

Bau von Kohle- oder Ölkraftwerken



Grafik 20: Sollte unser Land die folgenden Möglichkeiten, mit der Energieproblematik umzugehen, stärker, schwächer oder so wie bisher verfolgen?

Bau von Atomkraftwerken



Quelle: Umfragen im Auftrag des World Public Opinion vom 15. Juli–4. November 2008 <http://www.worldpublicopinion.org/pipa/articles/btenvironmentra/570.php?lb=bte&pnt=570&nid=&id=>. Umfragen in Russland durchgeführt vom Lewada-Zentrum, 15.–20. August 2008 <http://www.levada.ru/press/2008120101.html>. Eigene Länderauswahl. Vollständige Umfrage unter http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/nov08/WPO_Energy_Nov08_quaire.pdf.

Vom 22. September bis zum 6. Oktober 2011

22.09.2011	Dmitrij Medwedew unterzeichnet einen Erlass, nach dem Valentina Matwienko, neue Vorsitzende des Föderationsrates, als erste Frau in den Sicherheitsrat aufgenommen wird.
23.09.2011	Bei einem Überfall am Rande von Machatschkala (Dagestan) werden der Stellvertretende Leiter des Föderalen Strafvollzugsdienstes in Dagestan, dessen Tochter und Neffe sowie deren Fahrer getötet.
23.09.2011	Der Inselstaat Tuvalu erkennt als sechster Staat (nach Russland, Venezuela, Nicaragua, Vanuatu und Nauru) die Unabhängigkeit Abchasiens an. Beide Seiten erklären, diplomatische Beziehungen aufnehmen zu wollen.
23.09.2011	In Moskau beginnt der Parteitag von »Einiges Russland«. Die Delegierten bestätigen die neue Besetzung des Generalrates sowie des Präsidiums der Partei. Neu in das Präsidium aufgenommen werden Konstantin Kostin, der neue Leiter der Präsidialadministration für Innenpolitik, Rostislaw Goldschtejn, Vorsitzender des Fernöstlichen Überregionalen Koordinationsrates (ÜK) der Partei, Sergej Schelesnjak, Vorsitzender des Sibirischen ÜK, Iwan Kwitko, Vorsitzender des ÜK Ural, Viktor Kidjajew, Vorsitzender des ÜK Zentrum, Adalbi Schagoschew, Vorsitzender des ÜK Nordkaukasus, Olga Batalina, Leiterin des öffentlichen Empfangszentrums des Parteivorsitzenden im Gebiet Saratow.
24.09.2011	Die Partei »Gerechtes Russland« verabschiedet auf ihrem Parteitag in Moskau ihr Wahlprogramm sowie die Parteiliste für die Dumawahlen. Auf den ersten acht Plätzen der föderalen Parteiliste stehen Sergej Mironow, Vorsitzender der Parteifraktion in der Duma, Nikolaj Lewitschew, Parteivorsitzender, Oksana Dmitrijewa, Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Iwan Gratschow, Abgeordneter, Andrej Tumanow, Herausgeber der Zeitung »Waschi 6 Sotok« [»Ihre 6 Ar«], Leonid Lewin, Politiktechnologe und Unternehmer, Aleksander Lomakin-Rumjanzew, Vorsitzender der Allrussischen Gesellschaft für Behinderte sowie Jelena Drapeko, Schauspielerin.
24.09.2011	Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation verabschiedet auf ihrem Parteitag in Moskau die Kandidatenlisten für die Dumawahlen am 4. Dezember. Auf den ersten drei Listenplätzen stehen der Parteivorsitzende Gennadij Sjuganow, Wladimir Komojedow, Admiral und Sekretär im Zentralkomitee der Partei, sowie Jurij Afonin, Vorsitzender der Kommunistischen Jugendunion.
24.09.2011	Auf dem Parteitag von »Einiges Russland« schlägt Ministerpräsident Wladimir Putin vor, dass Präsident Dmitrij Medwedew die Parteiliste von »Einiges Russland« bei den Dumawahlen anführt. Der Parteitag verabschiedet die Parteiliste mit 585 zu 1 Stimmen. Medwedew schlägt Putin als Kandidaten für das Amt des Präsidenten vor.
24.09.2011	In der Präsidenten-Residenz Sawidowo treffen Präsident Medwedew und Ministerpräsident Putin mit dem ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch zusammen. Sie erörtern die Zusammenarbeit der beiden Länder sowie den Gasstreit. Parallel dazu trifft sich Alexej Miller, Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom, mit Jurij Bojko, dem ukrainischen Energieminister. Bei beiden Treffen werden keine konkreten Ergebnisse erzielt, die Verhandlungen mit Gazprom werden noch eine Woche fortgesetzt.
25.09.2011	Boris Gryslow, Vorsitzender der Obersten Rates von »Einiges Russland«, bestätigt, dass seine Partei die Kandidatur Wladimir Putins bei den Präsidentschaftswahlen im März 2012 sowie die Kandidatur Dmitrij Medwedews für das Amt des Ministerpräsidenten unterstützt.
25.09.2011	Wladislaw Surkow, Erster Stellvertretender Vorsitzender der Präsidialadministration, äußert sich auf einer Pressekonferenz von »Einiges Russland« zur Zukunft des politischen Systems in Russland: »Meiner Meinung nach sind hier keinerlei radikale Schritte vorgesehen, erst recht kein Übergang Richtung parlamentarische Republik«.
25.09.2011	Auf dem Moskauer Puschkin-Platz versammeln sich ca. 300 Menschen, um gegen die Politik Putins und Medwedews zu demonstrieren. Die Versammlung war von der Stadtverwaltung zugelassen und verlief ohne Zwischenfälle oder Festnahmen.
25.09.2011	Dmitrij Medwedew schließt Michail Prochorow, kurzzeitig Parteivorsitzender von »Rechte Sache«, per Erlass aus der »Kommission für Modernisierung und technologische Entwicklung der russischen Wirtschaft beim Präsidenten« aus.
25.09.2011	Aleksej Kudrin, Stellvertretender Ministerpräsident und russischer Finanzminister, erklärt am Rande eines Treffens des IWF und der Weltbank in Washington DC, dass er nicht plant, in der kommenden Regierung unter Medwedew zu arbeiten. Er habe Meinungsverschiedenheiten mit dem Präsidenten bezüglich der Ausgabenpolitik, insbesondere der Militärausgaben.

26.09.2011	Die Partei »Rechte Sache« reicht bei der zentralen Wahlkommission ihre zuvor auf dem Parteitag verabschiedete föderale Kandidatenliste für die Dumawahlen ein. Den ersten Platz belegt Andrej Dunajew, neuer Parteivorsitzender und Leiter des Exekutivkomitees, auf Platz zwei steht Andrej Bogdanow, ehemaliger Präsidentschaftskandidat (2008), und auf dem dritten Listenplatz Anna Tschakwetadse, Tennisspielerin.
26.09.2011	Wladimir Tschurow, Vorsitzender der Zentralen Wahlkommission in Russland reagiert auf Kritik an den bevorstehenden Dumawahlen. »Die Organisation der Wahlen wird in genauer Übereinstimmung mit der russischen Gesetzgebung durchgeführt, und zwar wesentlich besser, als in den meisten westeuropäischen Ländern«. Vor dem Gebäude hatten zuvor einige Demonstranten gegen die als »Farce« bezeichneten Dumawahlen demonstriert.
26.09.2011	Dmitrij Medwedew eröffnet die Sitzung der »Kommission für Modernisierung und technische Entwicklung der russischen Wirtschaft« in Dimitrowgrad (Gebiet Uljanowsk). Zu Beginn kritisiert er die Äußerungen des anwesenden Finanzministers Aleksej Kudrin vom Vortag und fordert ihn auf, seinen Rücktritt einzureichen, wenn er mit der Politik des Präsidenten nicht einverstanden sei. Nach der Sitzung verfügt Medwedew die Entlassung Kudrins.
26.09.2011	Valentina Matwienko, Vorsitzende des Föderationsrates, nimmt an der Inaugurationsfeier von Alexander Ankwab, dem neuen Präsidenten der von Russland und fünf weiteren Staaten anerkannten Republik Abchasien, teil. Sie verspricht, sich für die abchasischen Interessen in Russland einzusetzen und weiterhin für die internationale Anerkennung der Republik zu werben.
27.09.2011	Dmitrij Medwedew besucht den Truppenübungsplatz Tschebarkul (Gebiet Tscheljabinsk) und spricht mit Angehörigen von Militär- und Sicherheitseinrichtungen über die seit dem 19. September auch an sechs weiteren Truppenübungsplätzen der Teilnehmerstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit stattfindende Übung »Zentrum-2011«. Bei dieser wird die Niederschlagung eines fiktiven militärischen Konfliktes in Zentralasien geübt.
28.09.2011	Im Rayon Lewaschinsk (Dagestan) kommen bei der Explosion einer Autobombe acht Personen ums Leben, darunter ein Polizist. Fünf weitere Polizisten werden bei dem Anschlag verletzt.
29.09.2011	Die sowjetische Filmregisseurin Tatjana Liosnowa stirbt im Alter von 88 Jahren in Moskau. Zu ihren bekanntesten Werken gehören die Filme »17 Augenblicke des Frühlings« (1973) sowie »Begegnung mit der Zärtlichkeit« (1967).
29.09.2011	Die Partei »Einiges Russland« will Präsident Medwedew, der die Kandidatenliste der Partei bei den Präsidentschaftswahlen anführt, nicht bei Vorwahldiskussionsveranstaltungen antreten lassen. Hierfür habe man ein spezielles »Debatten-Team«.
30.09.2011	Dmitrij Medwedew gibt den drei größten russischen Fernsehsendern »Erster Kanal«, »Rossija« und »NTV« ein Interview. Er begründet seine Entscheidung, nicht für eine zweite Amtszeit anzutreten, damit, dass er mit Putin einer Meinung sei und dieser in der Bevölkerung höhere Zustimmungswerte habe.
30.09.2011	Im Bratsk (Gebiet Irkutsk) wird der Notstand ausgerufen, da in unmittelbarer Nähe der Stadt über 800 Hektar Wald in Flammen stehen.
02.10.2011	Taner Yildiz, türkischer Energieminister, gibt bekannt, dass die Türkei den 25-jährigen Gasliefervertrag mit Russland über den Gasimport via Ukraine, Rumänien und Bulgarien zum Jahresende auslaufen lassen wird. Gazprom wollte sich nicht auf eine Reduzierung des Gaspreises einigen. Die Türkei bezieht jedoch weiterhin zwei Drittel ihres Gases durch die Blue Stream Pipeline aus Russland.
02.10.2011	Die Britische Regierung verabschiedet eine Liste mit ca. 60 russischen Beamten, denen auf Grund von Verwicklungen in den Todesfall des Anwalts Sergej Magnitskij die Einreise nach Großbritannien verweigert wird.
03.10.2011	Bei der Explosion einer Autobombe werden in Ksiljurt (Dagestan) zwei Mitarbeiter des Innenministeriums getötet.
03.10.2011	Wasilij Aleksanjan, ehemaliger Vizevorsitzender des zerschlagenen Öl-Konzerns Jukos, stirbt im Alter von 40 Jahren in Moskau. Nach seiner Festnahme 2006 wegen Beteiligung an Betrug und Geldwäsche hatte sich sein Gesundheitszustand in Haft rapide verschlechtert. Zum Jahreswechsel 2008/09 wurde er gegen eine Kautionszahlung entlassen – mit HI-Virus, Tuberkulose und Leberkrebs.
03.10.2011	Auf einem Markt in Tjumen (Westsibirien) kommt es zu einer Massenschlägerei, in deren Folge eine Person getötet und vier weitere zum Teil schwer verletzt werden.
04.10.2011	Dmitrij Medwedew entlässt den Leiter des Föderalen Strafvollzugsdienstes Aleksej Schtscherbakow sowie den Leiter desselben Dienstes im Bezirk Altaj, Nikolaj Rybaltschenko.

04.10.2011	Ministerpräsident Wladimir Putin veröffentlicht in der Tageszeitung »Iswestija« seine Pläne für ein neues Russland und ruft dazu auf, eine »Eurasische Union« zu gründen.
04.10.2011	Die Moskauer Regierung hebt die ihr unterstellte Kommission zu »Fragen über den Erhalt von Gebäuden im historischen Teil der Stadt« auf. Dem Moskauer Bürgermeister Sobjanin zufolge wurde durch diese Kommission »dem historischen Stadtzentrum schwerer Schaden zugefügt«. Zwei Tage zuvor versammelten sich ca. 700 Personen auf dem Moskauer Puschkin-Platz, um gegen den Abriss historischer Gebäude zu protestieren.
04.10.2011	Dmitrij Peskow, Pressesprecher Wladimir Putins, gibt dem regierungskritischen Internet-Fernsehsender »Doschd« ein Interview. Er reagiert darin auf die Kritik an der Rückkehr Putins sowie den Vergleich von Putin mit Breschnew. »Breshnew war kein Minus für die Geschichte unseres Landes, sondern ein großes Plus«.
05.10.2011	Ein Gericht in St. Petersburg lehnt die Klage eines Bewohners des Petersburger Rayons Krasnaja Retschka ab, welcher die Aufhebung der Lokalwahlergebnisse verlangte. Valentina Matwienko hatte bei dieser Wahl ihr Mandat für die Stadtversammlung erhalten und konnte somit in den Föderationsrat einziehen.
05.10.2011	Andrej Borodin, ehemaliger Leiter der Bank von Moskau, reicht bei einem Moskauer Gericht Klage gegen das russische Innenministerium wegen Verletzung seiner Ehre und Würde ein.
05.10.2011	In Grosny wird der Tag der Stadt sowie die Eröffnung des Handelszentrums Grosny-City gefeiert. Nach Kritik von Menschenrechtlern sagt die Pop-Sängerin Shakira ihren Auftritt kurzfristig ab. Republikoberhaupt Ramsan Kadyrow bezeichnet die Menschenrechtler als »Feinde des tschetschenischen Volkes«. Zudem lässt er jegliche Feierlichkeiten zu Ehren seines 35. Geburtstags am selben Tag verbieten.
05.10.2011	Hans-Henning Schröder, dem Herausgeber der Russlandanalysen und Leiter der Forschungsgruppe Russland/GUS der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, wird in Moskau die Einreise verweigert. Am folgenden Tag wird er ausgeflogen.
06.10.2011	Die Moskauer Wahlkommission lehnt zum zweiten Mal einen Antrag einer Initiativgruppe der Partei »Gerechtes Russland« ab, die die Durchführung eines Referendums bezüglich der Ausweitung der Moskauer Stadtgrenze fordert. Das Auswärtige Amt bestellt den russischen Gesandten ein und überreicht einen formellen Protest. Am folgenden Tag teilt die russische Botschaft mit, es habe sich um eine technische Panne gehandelt.
06.10.2011	Wladimir Putin erklärt auf der Sitzung des dritten Investitionsforums von »WTB Kapital« unter dem Motto »Russland ruft!«, dass es keine zweite Welle der Wirtschaftskrise geben wird und der ehemalige Finanzminister Aleksej Kudrin weiterhin »Mitglied unserer Mannschaft bleibt«.
06.10.2011	Raschid Nurgalijew, russischer Innenminister, bestätigt die Zusammensetzung des Gesellschaftlichen Beirats beim Innenministerium. Neben vielen Vertretern aus Massenmedien, Kunst und Kultur ist Ljudmila Aleksejewa, Vorsitzende der Moskauer Helsinki-Gruppe, die einzige regierungskritische Vertreterin unter den 38 Mitgliedern..

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Pressemitteilung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

4. Deutsch-Russische Gespräche Baden-Baden:

Junge Führungskräfte aus Deutschland und Russland diskutieren über die Marktwirtschaft der Zukunft

Vom 10. bis 16. Oktober 2011 treffen sich 32 junge Führungskräfte aus Deutschland und Russland zu den 4. Deutsch-Russischen Gesprächen Baden-Baden. Das Intensivseminar im Palais Biron wird vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung und der BMW Stiftung Herbert Quandt veranstaltet.

Das Programm der sechs Seminartage steht unter der Leitfrage »Marktwirtschaft der Zukunft – Wettbewerb um das beste System«.

Neben den Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Marktwirtschaft diskutieren die Teilnehmer hierbei über die Themen Mittelstand, Innovation, Ressourcenwettbewerb, soziale und ökologische Verantwortung von Unternehmen sowie Rechtsstaatlichkeit und Compliance.

»Nachhaltig erfolgreiche Wirtschaftsbeziehungen erfordern gegenseitiges Verständnis und Vertrauen«, sagt Prof. Dr. Klaus Mangold, Beiratsmitglied der Deutsch-Russischen Gespräche Baden-Baden und bis 2010 Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. »Bei den Deutsch-Russischen Gesprächen Baden-Baden vernetzen sich junge Führungskräfte, die in wenigen Jahren die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen maßgeblich beeinflussen werden. Davon werden beide Volkswirtschaften profitieren«.

»Wir sind davon überzeugt, dass Unternehmen in einer globalen Welt große Verantwortung tragen. Die Internationalität ihrer Mitarbeiter und ihrer wirtschaftlichen Beziehungen kann sehr viel zur internationalen Verständigung beitragen. Gerade deshalb sollen und müssen sie sich mit den sozialen Herausforderungen auseinandersetzen. Dann können sie einen entscheidenden Beitrag zur Entfaltung der Gesellschaft und zu einem konstruktiven Miteinander leisten«, sagt Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung.

»In einer Zeit hoher Veränderungsdynamik ist es eine wichtige Aufgabe von Stiftungen, der Gefahr der Orientierungslosigkeit entgegenzuwirken«, betont Jürgen Chrobog, Vorstandsvorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt. »Begriffe wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Führungsverantwortung, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Umweltbewusstsein sind daher Schlüsselthemen unserer Veranstaltungen für junge Führungskräfte«.

An den sechs Seminartagen geben Top-Manager, Unternehmensgründer, Politiker und Wirtschaftsexperten aus Russland und Deutschland in Fachvorträgen Denkanstöße und stehen den jungen Führungskräften als Gesprächspartner zur Verfügung.

So wird Bundesaußenminister a. D. Dr. Klaus Kinkel die 4. Deutsch-Russischen Gespräche Baden-Baden am 10. Oktober 2011 eröffnen. Während seiner Amtszeit als Bundesaußenminister von 1992 bis 1998 hat Kinkel mit den Vorbereitungen zur Erweiterung von Europäischer Union und NATO zwei Themen mitgestaltet, die heute maßgeblich die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bestimmen.

Begrüßt werden die Seminarteilnehmer zudem durch Dr. Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und Vorstandsvorsitzender der METRO AG, Dr. Ingrid Hamm, Geschäftsführerin der Robert Bosch Stiftung, sowie Jürgen Chrobog, Vorstandsvorsitzender der BMW Stiftung Herbert Quandt.

Auch für die spannenden Themen der folgenden Seminartage konnte der Veranstalter zusammen mit den beiden Kooperationspartnern namhafte Referenten gewinnen.

So diskutieren beispielsweise Natalia Kasperskaya, Vorstandsvorsitzende des weltbekannten Softwareentwicklers ZAO Kaspersky Lab., und eine der erfolgreichsten Unternehmerinnen Russlands sowie Dr.-Ing. E. h. Martin Herrenknecht, Vorsitzender des Vorstands des Herrenknecht AG als mittelständischer Weltmarktführer mit den Seminarteilnehmern über Innovationen als Grundlage des langfristigen Geschäftserfolgs.

Top-Banker wie Dr. Theodor Weimer, Sprecher des Vorstandes der HypoVereinsbank, und Peter Tils, Chief Executive Officer for Central and Eastern Europe, Deutsche Bank AG, treten mit Dr. Hannes Rehm, Ehemaliger Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, und den jungen Führungskräften in einen Meinungsaustausch darüber, wie weit staatliche Regulierung im Finanzsektor reichen sollte.

Das intensive Arbeitspensum im Palais Biron wird durch ein Rahmenprogramm ergänzt. Unter anderem sind eine Exkursion in den Schwarzwald zum »Networking in Nature«, ein Besuch der Badischen Stahlwerke in Kehl sowie eine Weinprobe in einem örtlichen Weingut vorgesehen.

Die Teilnehmer der 4. Deutsch-Russischen Gespräche Baden-Baden werden im Anschluss an das Intensivseminar in ein aktives Alumni-Netzwerk aufgenommen, welches dann über 110 junge Führungskräfte zählen wird. Zahlreiche Alumni reisen auch in diesem Jahr an den letzten beiden Seminartagen nach Baden-Baden, um sich frühzeitig mit den Teilnehmern des aktuellen Seminars zu vernetzen. Das jährliche Gesamttreffen aller Alumni wird im Mai 2012 in Moskau stattfinden.

Weitere Informationen zu den Deutsch-Russischen Gesprächen Baden-Baden sowie zum Veranstalter und den Kooperationspartnern finden Sie unter: www.deutsch-russische-gespraech.de

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de